

Arbeitskreis Konjunktur des IWH

Article

Konjunktur aktuell: Ölpreisschock gefährdet Erholung in Deutschland

Konjunktur aktuell

Provided in Cooperation with:

Halle Institute for Economic Research (IWH) – Member of the Leibniz Association

Suggested Citation: Arbeitskreis Konjunktur des IWH (2026) : Konjunktur aktuell: Ölpreisschock gefährdet Erholung in Deutschland, Konjunktur aktuell, ISSN 2195-8319, Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH), Halle (Saale), Vol. 14, Iss. 1, pp. 1-29, <https://doi.org/10.18717/ka0c8m-ve66>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/339418>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Konjunktur aktuell

1/2026

12. März 2026, 14. Jahrgang

Arbeitskreis Konjunktur des IWH **s. 2**



Ölpreisschock gefährdet Erholung in Deutschland

Weltweit höhere Energiepreise infolge des neuen Golfkriegs verschlechtern die Aussichten für die deutsche Konjunktur, auch wenn Mehrausgaben der öffentlichen Hand die gesamtwirtschaftliche Expansion in diesem und im kommenden Jahr stützen werden. Die Produktion dürfte im Jahr 2026 um 0,7% und im Jahr darauf um 1% zunehmen. Ähnliche Expansionsraten sind auch für Ostdeutschland zu erwarten.

Konjunktur aktuell: Ölpreisschock gefährdet Erholung in Deutschland

Arbeitskreis Konjunktur des IWH*

Zusammenfassung

Im Frühjahr 2026 kommt die Weltwirtschaft in unruhiges Fahrwasser, denn infolge des Kriegsausbruchs am Golf ist der Ölpreis (Brent) zuletzt auf über 100 US-Dollar je Barrel geklettert. Der Preisschock trifft auf eine Weltwirtschaft, die sich bislang angesichts der drastischen US-Zollerhöhungen als bemerkenswert robust erwiesen hat. Das gilt auch für den Welthandel und speziell für die chinesische Exportwirtschaft. In den USA wird die Konjunktur von Investitionen in den Tech-Sektor getrieben. Auch ist die US-Finanzpolitik, wie die in Deutschland und in Japan, im laufenden Jahr expansiv ausgerichtet. Im Euroraum wird die Konjunktur weiter von steigenden Reallöhnen und recht günstigen Finanzierungsbedingungen gestützt. Die vorliegende Prognose unterstellt, dass die Energiepreise im zweiten Halbjahr 2026 wieder deutlich zurückgehen. Sowohl im Jahr 2026 als auch im Jahr darauf dürfte die Weltproduktion um 2,6% zunehmen.

Der Krieg am Golf verschlechtert die Aussichten auch für die deutsche Konjunktur: Die gestiegenen Energiepreise belasten die Einkommen der privaten Haushalte und erhöhen die Produktionskosten. In der vorliegenden Prognose wird unterstellt, dass die Energiepreise in der zweiten Jahreshälfte 2026 wieder sinken. Unter solchen Voraussetzungen beträgt der Effekt auf die Inflation in Deutschland im Jahr 2026 etwa 0,5 Prozentpunkte, und der Dämpfer für die Realwirtschaft ist nicht groß. Gestützt wird die Konjunktur in diesem und im kommenden Jahr von Mehrausgaben der öffentlichen Hand für Verteidigung und Infrastrukturinvestitionen. Was die Konjunktur im laufenden Jahr zusätzlich stützen dürfte, ist eine Stabilisierung der Exporte. Denn es wird wohl kein weiterer negativer Impuls vonseiten der US-Zollpolitik kommen, und die internationale Konjunktur bleibt nach vorliegender Prognose robust. Im ersten Halbjahr 2026 dürfte die Erholung aber nur verhalten ausfallen, auch weil die höheren Energiekosten den privaten Konsum etwas dämpfen. In der zweiten Jahreshälfte dürfte die Belebung dann etwas an Schwung gewinnen.

Tabelle

Gesamtwirtschaftliche Eckdaten der Prognose des IWH für Deutschland in den Jahren 2024 bis 2027

	2024	2025	2026	2027
Veränderung des preisbereinigten BIP gegenüber dem Vorjahr in %				
Deutschland	-0,5	0,2	0,7	1,0
darunter: Ostdeutschland ¹	-0,1	0,4	0,7	0,9
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Arbeitsvolumen	-0,2	-0,2	0,2	0,2
Tariflöhne je Stunde	4,7	2,8	2,6	2,6
Effektivlöhne je Stunde	5,3	4,5	3,1	3,1
Lohnstückkosten ²	5,6	4,5	2,5	2,4
Verbraucherpreisindex	2,3	2,2	2,7	2,1
in 1 000 Personen				
Erwerbstätige (Inland)	45 987	45 982	45 994	45 968
Arbeitslose ³	2 787	2 948	2 941	2 875
in %				
Arbeitslosenquote ⁴	6,0	6,3	6,3	6,1
darunter: Ostdeutschland ¹	7,5	7,8	7,8	7,6
% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt				
Finanzierungssaldo des Staates	-2,7	-2,7	-3,6	-3,9
Leistungsbilanzsaldo	5,8	4,4	3,6	3,5

¹ Ostdeutschland einschließlich Berlin. – ² Berechnungen des IWH auf Stundenbasis. – ³ Definition gemäß der Bundesagentur für Arbeit (BA). – ⁴ Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß der Bundesagentur für Arbeit).

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 2026: Prognose des IWH (abgeschlossen am 09.03.2026, 12:00 Uhr).

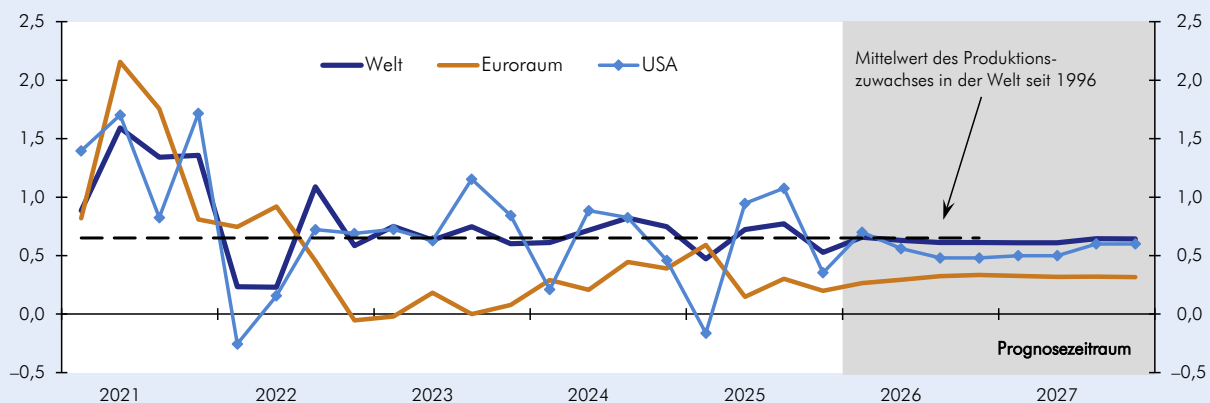
* Drygalla, Andrej; Exß, Franziska; Heinisch, Katja; Holtemöller, Oliver; Kämpfe, Martina; Kozyrev, Boris; Lindner, Axel; Mukherjee, Sukanya; Sardone, Alessandro; Schultz, Birgit; Zeddies, Götz.

Bislang robuste Weltwirtschaft trotz militärischer und wirtschaftlicher Konflikte

Seit dem Jahr 2020 hat die internationale Konjunktur mit schweren Schocks zu kämpfen. Kaum war die COVID-Pandemie im Abklingen, begann Russland seinen Krieg gegen die Ukraine, und seit Anfang vergangenen Jahres ändert die US-Zollpolitik immer wieder aufs Neue die Spielregeln für den Welthandel. Bei alledem ist die weltwirtschaftliche Produktion bemerkenswert robust geblieben, und der Welthandel (Waren) hat im Jahr 2025 mit 4,4% sogar sehr kräftig expandiert. Zwar nahm die Weltproduktion im vierten Quartal etwas schwächer zu als im Sommerhalbjahr zuvor (vgl. Abbildung 1), der Hauptgrund dafür liegt aber im nur vorübergehenden Ausfall staatlicher Aktivität in den USA während des dortigen *government shutdown*.

Abbildung 1
Bruttoinlandsprodukt der Welt, der USA und des Euroraums

Vierteljährliche Zuwachsraten in %



Quellen: OECD; IWF; Eurostat; nationale Statistikämter; 2026 und 2027: Schätzung und Prognose des IWH.

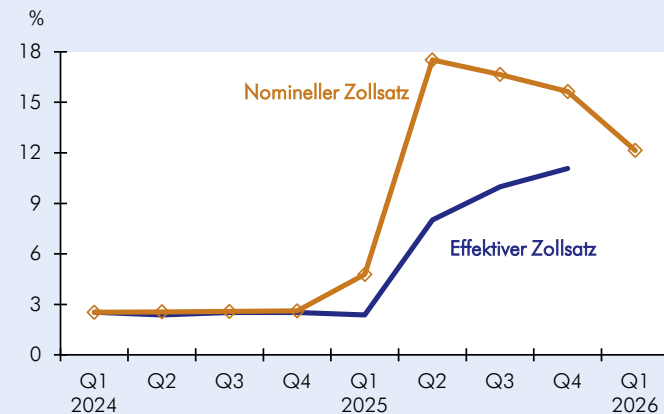
Im Frühjahr 2026 kommt die Weltwirtschaft erneut in unruhiges Fahrwasser, denn am letzten Februartag haben die USA und Israel den Iran angegriffen. Die Weltwirtschaft ist davon unmittelbar betroffen, vor allem weil mit dem Golf von Persien ein Hauptstandort der Erdöl- und Erdgasförderung durch die militärischen Auseinandersetzungen schwer getroffen wird. Die Straße von Hormus ist Anfang März von Handelsschiffen kaum passierbar, und etwa 20% des weltweiten Erdölangebots fallen damit vorerst aus. Der Ölpreis (Brent) ist von 67 US-Dollar im Januar auf über 100 Dollar am Anfang der zweiten Märzwoche geklettert. Futures-Preise zeigen, dass an den Märkten für Ende 2026 mit Preisen von etwas unter 80 Dollar gerechnet wird. Noch deutlicher sind die europäischen Erdgaspreise gestiegen, von 53 auf 60 Euro je Megawattstunde. Aber auch andere internationale Märkte sind von dem Konflikt tangiert, denn die Region hat sich auch zu einem wichtigen Standort für die Produktion von Düngemitteln und Aluminium entwickelt, und sie ist ein wichtiges Drehkreuz für den internationalen Flugverkehr. Weltweit haben die Aktienkurse nachgegeben. Dabei ist der Kursrückgang in den USA deutlich geringer als in den von Öl- und Gaslieferungen besonders abhängigen europäischen und fortgeschrittenen asiatischen Volkswirtschaften. Auch haben die Währungen dieser Länder gegenüber dem US-Dollar etwas abgewertet.

Daneben sorgt eine neuerliche Änderung der US-Zollpolitik im Außenhandelsgeschäft weltweit für Irritationen. Nachdem der Supreme Court im Februar die meisten Zollerhebungen der Trump-Administration für verfassungswidrig und damit nichtig erklärte, erhob die Regierung auf anderer gesetzlicher Grundlage umgehend einen Pauschalzollsatz in Höhe von 10%, und der Präsident kündigte eine Erhöhung auf 15% an. In diesem Fall wäre die nominelle Gesamtbelastung der US-Importe wohl nur etwas niedriger als die vor dem Verfassungsgerichtsurteil.¹ Allerdings würden sich bislang hoch belastete Exportländer, insbesondere China und Brasilien, besserstellen, während etwa Großbritannien, das im Rahmen des bisherigen Regimes einen günstigen „Deal“ abschließen konnte, verlore.

Die bisher starke Differenzierung der Zollsätze nach Produkttyp und Herkunftsland hat die negativen Effekte auf den Außenhandel der USA gedämpft. Denn sie ermöglichte Umgehungsstrategien wie das Umetikettieren von Waren und den Handel über Drittländer mit niedrigerer Zollbelastung, welcher die Handelsstatistiken wohl auch ein Stück weit

¹ Vgl. dazu etwa *Global Trade Alert*: [Section 122 in Effect: What the US Tariff Regime Looks Like Now](#).

Abbildung 2
Durchschnittlicher Zollsatz der USA



Quellen: U.S. Census Bureau; Trade War Tracker.

aufgebläht hat. Jedenfalls ist der effektive durchschnittliche Zollsatz, berechnet als Verhältnis der Zolleinnahmen zum Gesamtwert der US-Importe, mit etwa 11% im Schlussquartal 2025 deutlich niedriger als der nominelle Zollsatz von knapp 16%, der sich rechnerisch aus einer gewichteten Summe der einzelnen Zollsätze ergibt (vgl. Abbildung 2).

Dem internationalen Handel kommt zudem zugute, dass außerhalb der USA Handelsbarrieren kaum erhöht wurden. Allerdings entwickeln sich die Handelsströme sehr ungleich. Sehr kräftig haben im Jahr 2025 insbesondere die chinesischen Exporte zugenommen, in Dollar gerechnet um 5½%. Die Importe Chinas haben dagegen, nicht zuletzt wegen der weiter schwächelnden Binnennachfrage, lediglich

stagniert. In der Folge hat der Handelsbilanzüberschuss nach chinesischer Zollstatistik im Jahr 2025 auf etwa 6% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt zugelegt. Ein Grund für den steigenden Überschuss ist der stetige Zugewinn an preislicher Wettbewerbsfähigkeit, der sich zum Teil aus dem aufgrund der schwachen Binnennachfrage rückläufigen gesamtwirtschaftlichen Preisniveau in China ergibt. Die Konsumnachfrage bleibt zaghaft, nicht zuletzt wegen der anhaltenden Immobilienkrise mit seit Jahren sinkenden Bauleistungen und fallenden Immobilienpreisen. Dennoch hat im vierten Quartal, getragen von Zuwächsen im Export, die Produktion mit 1,2% sogar noch etwas stärker als zuvor expandiert.

In den USA nahm das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2025 mit 2,2% etwas stärker zu als noch im Herbst von den meisten Prognostikern vermutet. Dabei hat der deutliche Rückgang der Staatsausgaben aufgrund des *government shutdown* im Schlussquartal die gesamtwirtschaftliche Zuwachsrates rein rechnerisch um 0,2 Prozentpunkte gemindert, auf 0,4%. Sowohl der Konsum der privaten Haushalte als auch die privaten Bruttoanlageinvestitionen expandierten dagegen schneller als das Produktionspotenzial, welches derzeit mit etwa 2% wachsen dürfte. Trotzdem ist die in Umfragen ermittelte Konsumentenstimmung nur mäßig und in der Tendenz abwärtsgerichtet. Zum einen wird weiterhin die Teuerung beklagt, welche im Kern gemäß dem Deflator für den privaten Konsum zuletzt bei 3% lag. Zum anderen gibt es Sorgen um den Arbeitsmarkt, denn der Beschäftigungszuwachs geht seit geraumer Zeit stetig zurück. Hier dürfte sich nicht zuletzt die Migrationspolitik der Regierung niederschlagen. Es wird auch diskutiert, ob die Implementierung von Künstlicher Intelligenz (KI) in die Produktionsprozesse schon negativ auf die Arbeitsnachfrage durchschlägt. Klarere Spuren hinterlässt der KI-Boom in den USA bei den Investitionen: Im Jahr 2025 entfiel ein erheblicher Teil des Wachstums auf Investitionen in Informations- und Kommunikationstechnologie, Software und Forschung und Entwicklung, im Schlussquartal rein rechnerisch sogar etwa zwei Drittel.

An den Finanzmärkten, in den USA wie auch weltweit, werden allerdings vermehrt die Risiken gesehen, die mit den umfangreichen KI-Investitionen verbunden sind. Regelrecht eingebrochen sind die Bewertungen für Softwarefirmen, denn es wird befürchtet, dass KI einen Großteil von deren Geschäft überflüssig machen könnte. Die breiten Aktienindizes haben sich in den USA seitwärts bewegt, und global haben sie sogar weiter zugelegt. Offenbar gründen sich die gegenwärtig im historischen Vergleich recht hohen Aktienkurse weniger auf die Erwartung, dass einzelne Marktführer vom Tech-Boom in Zukunft in großem Umfang profitieren werden, als darauf, dass der an die KI geknüpfte technische Fortschritt der Gesamtwirtschaft zugutekommen wird.

Die Innovationswelle um KI findet hauptsächlich in den USA statt. Trotzdem wertet der US-Dollar seit dem Amtsantritt Trumps gegenüber Währungen wie dem Euro und dem Pfund Sterling ab, seit Dezember in Trippelschritten auch gegenüber dem Yuan. Hieraus spricht wohl die Einschätzung an den Finanzmärkten, dass die politische Lage in Amerika ein Risiko für Investitionen in Dollar-Vermögenswerte und insbesondere für die Preisniveaustabilität in den USA darstellt. Es herrscht die Einschätzung vor, dass sich die US-Notenbank dem Druck der US-Regierung, die Zinsen zu senken, im Jahr 2026 nicht widersetzen wird, und es wird damit gerechnet, dass der Leitzins von derzeit 3,75% (Ober-

grenze) bis zum Jahresende 2026 auf 3,25% gesenkt wird. Im Euroraum, wo die Inflationsrate mit 1,7% knapp unterhalb und die Kernrate (ohne Energie und Nahrungsmittel) mit 2,1% knapp oberhalb des mittelfristigen geldpolitischen Ziels liegen, dürfte die Europäische Zentralbank (EZB) dagegen den Leitzins (Einlagesatz) das ganze Jahr 2026 über auf seinem gegenwärtigen Niveau von 2% belassen.

Die Finanzpolitik dürfte in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften im Jahr 2026 leicht expansiv ausgerichtet sein. In den USA ist der restriktive Impuls durch die Zollerhöhungen bereits im vergangenen Jahr angefallen. Im laufenden Jahr werden die öffentlichen Ausgaben zwar weiter zurückgefahren, dieser dämpfende Effekt dürfte aber von den umfangreichen Steuererleichterungen überkompensiert werden. Leicht expansiv ist auch die Ausrichtung der Finanzpolitik im Euroraum. So ermöglicht es die Europäische Kommission ihren Mitgliedsstaaten, nationale Ausweichklauseln zur Stärkung ihrer Verteidigungsfähigkeit zu nutzen. Demnach kann die nach den europäischen Fiskalregeln zulässige Verschuldungsgrenze erhöht werden, und zwar um den Betrag, um den die Verteidigungsausgaben ihren Wert vom Jahr 2021 übersteigen, höchstens aber um 1,5% des Bruttoinlandsprodukts. Siebzehn Länder haben die Klausel in Anspruch genommen,² von den fünf größten Euroraumländern allerdings nur Deutschland. Dort bemüht sich die Politik, ihre umfangreichen Ausgabenprogramme für Militär und Infrastruktur auch umzusetzen. In Frankreich dagegen wird die von der Regierung angestrebte deutliche Konsolidierung weiter politisch nicht durchsetzbar sein.

Auch weil die Geld- und Finanzpolitik in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften überwiegend leicht expansiv ausgerichtet ist, sind alles in allem die Voraussetzungen für eine Fortsetzung der robusten weltwirtschaftlichen Expansion günstig. Auch haben sich Unternehmen und Haushalte in ihrem wirtschaftlichen Handeln von der hohen Unsicherheit, die seit einem Jahr die Weltpolitik prägt, nur wenig beeindrucken lassen. Schließlich sind vom Tech-Boom weitere Impulse auf die Investitionstätigkeit zu erwarten. Das betrifft vor allem die USA. Dort dürfte allerdings eine fortgesetzt hohe Teuerung dämpfend auf den privaten Konsum wirken. Im Euroraum bleibt die Dynamik zwar bescheiden, sie wird aber weiter von steigenden Reallöhnen und recht günstigen Finanzierungsbedingungen gestützt. In China dürften sich allerdings Immobilienkrise und Konsumschwäche fortsetzen. Aufgeheitelt haben sich dagegen die Aussichten der chinesischen Exporteure, weil für sie die Einführung eines Pauschalzollsatzes in den USA zunächst einmal eine beträchtliche Zollsatzsenkung bedeutet. Insgesamt steigt die Weltproduktion nach vorliegender Prognose sowohl im Jahr 2026 als auch im Jahr darauf um 2,6% (vgl. Tabelle A1). Der Welthandel mit Gütern expandiert dieses Jahr um 1,5%. Für das Jahr 2027 wird eine Expansionsrate von 1,9% prognostiziert. Die Inflation in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften beträgt nach vorliegender Prognose im Jahr 2026 2,6% und im Jahr darauf 2,1%.

Risiken

Auf die Unberechenbarkeit der amerikanischen Politik geht seit dem Amtsantritt des US-Präsidenten im Januar 2025 ein Großteil der Risiken für die internationale Konjunktur zurück. Im vergangenen Jahr sorgte vor allem die Zollpolitik für Unsicherheit, zurzeit stehen Sorgen über die ökonomischen Folgen des neuen Golfkriegs im Vordergrund. In der vorliegenden Prognose ist unterstellt, dass der Konflikt im Lauf des zweiten Quartals zu einem Ende kommt und die Energiepreise danach wieder sinken, freilich auf ein Niveau, das höher ist als vor Ausbruch des Golfkriegs erwartet worden war. Es ist aber auch möglich, dass die Straße von Hormus länger blockiert bleibt und für diese Zeit ein erheblicher Teil des weltweiten Angebots an Erdöl und Erdgas wegfällt. So lange wäre auch mit Ölpreisen von über 100 US-Dollar (Brent) zu rechnen. Dieser negative Angebotsschock würde weltweit zu einem deutlichen Anstieg der Preisniveaus führen, und es wäre mit einem weltwirtschaftlichen Abschwung zu rechnen.

Chancen und Risiken ergeben sich aus dem Boom um die wirtschaftliche Nutzung von Künstlicher Intelligenz. Weiterhin besteht das Risiko einer drastischen Korrektur der Bewertung von Unternehmen der Tech-Branche. Zwar werden an Aktienmärkten die Risiken recht transparent abgebildet, auch weil es zu täglichen Bewertungen kommt. In jüngerer Zeit erfolgt die Finanzierung aber zunehmend über weniger transparente Instrumente und Kredite. Andererseits besteht auch die Möglichkeit, dass die Implementierung von Künstlicher Intelligenz im Wirtschaftsgeschehen schon in diesem und im nächsten Jahr vielerorts zu Produktivitätsgewinnen führt.

² Nach der Prognose der Europäischen Kommission vom Herbst 2025 wird sich die Defizitquote im ungewichteten Schnitt dieser Länder im Jahr 2026 gegenüber dem Vorjahr um 0,3 Prozentpunkte deutlicher verschlechtern als in der gesamten EU.

Schließlich stellt die hohe und steigende Staatsverschuldung in fortgeschrittenen Volkswirtschaften ein weltwirtschaftliches Risiko dar, zumal sich in vielen Ländern kaum mehr parlamentarische Mehrheiten für durchgreifende Reformen finden lassen.

Rahmenbedingungen für die Prognose

Der vorliegenden Prognose liegen folgende Rahmenbedingungen zugrunde: Der Krieg am Golf geht im Lauf des zweiten Quartals zu Ende. Die Energiepreise steigen von ihrem gegenwärtigen Niveau aus nicht weiter und gehen nach Ende der Kämpfe wieder zurück. Der Preis für Erdöl der Sorte Brent liegt im ersten Quartal 2026 bei 80 und im zweiten bei 104 US-Dollar. In den kommenden Quartalen sinkt er dann bis auf 70 US-Dollar in der zweiten Jahreshälfte 2027.

Die effektive Belastung von Zöllen auf Exporte aus der EU in die USA von etwa 11% (Herbst 2025) bleibt in den Jahren 2026 und 2027 unverändert.

Der Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar liegt bis zum Ende des Prognosezeitraums bei 1,17 US-Dollar/Euro. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ist knapp ein halbes Prozent niedriger als im Schnitt des Jahres 2025. Der Welthandel (Güter) dürfte im Jahr 2026 um 1,5% und im folgenden Jahr um 1,9% steigen. Ferner wird davon ausgegangen, dass die EZB ihren Einlagensatz im Frühjahr 2027 auf 1,75% senkt.

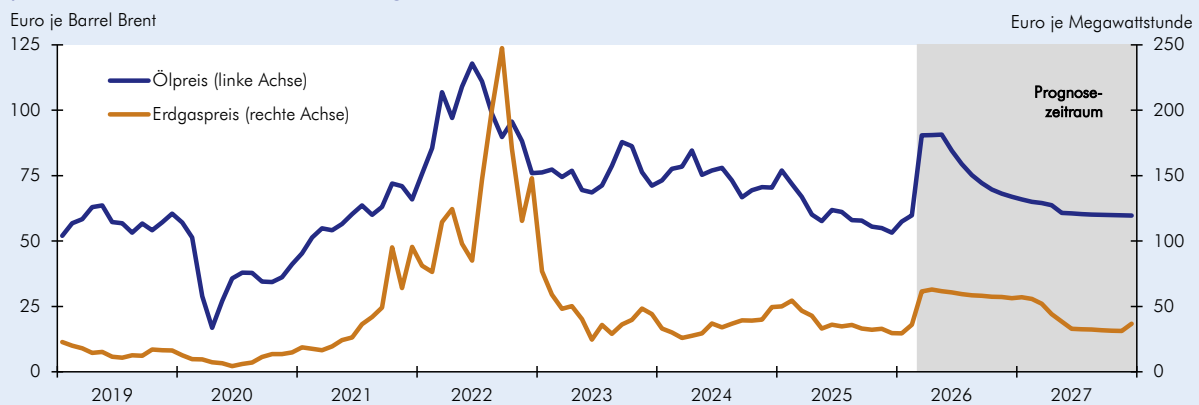
Die Finanzpolitik in Deutschland ist im Prognosezeitraum expansiv ausgerichtet. Zwar ist zum 1. Januar 2026 der durchschnittlich erhobene Zusatzbeitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung um ungefähr 0,4 Prozentpunkte gestiegen, und die CO₂-Bepreisung in den Bereichen Wärme und Verkehr wurde erneut angehoben. Zudem sind für das Jahr 2026 Minderausgaben im Gesundheitswesen in Höhe von 2 Mrd. Euro vorgesehen. Dem stehen allerdings erhebliche steuerliche Entlastungen gegenüber, etwa durch das steuerliche Investitionssofortprogramm, das Steuerfortentwicklungsgesetz und das Steueränderungsgesetz 2025, in dessen Rahmen unter anderem die Umsatzsteuer in der Gastronomie auf 7% gesenkt und die Entfernungspauschale angehoben wurden. Auf der Ausgabeseite schlagen im Jahr 2026 Maßnahmen zur Stabilisierung der Energiepreise zu Buche: So übernimmt der Bund die Gasspeicherumlage und leistet einen Zuschuss an die Betreiber der Stromübertragungsnetze. Zudem führen das allmähliche Anlaufen von Projekten im Rahmen des Sondervermögens Infrastruktur und Klimaneutralität, zusätzliche Verteidigungsausgaben und eine Ausweitung der Ukraine-Hilfen annahmegemäß zu Mehrausgaben in Höhe von über 10 Mrd. Euro. Alles in allem beläuft sich der Impuls aus diskretionären finanzpolitischen Maßnahmen im Jahr 2026 auf 25 Mrd. Euro bzw. 0,5% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt (vgl. Tabelle A13).

Im Jahr 2027 ist die Finanzpolitik erneut expansiv ausgerichtet. Auf der Einnahmeseite führt das steuerliche Investitionssofortprogramm zu Entlastungen bei den gewinnabhängigen Steuern. Zudem geht diese Prognose auch für das Jahr 2027 von einem Abbau der kalten Progression aus. Demgegenüber ist allerdings nicht nur ein weiterer kräftiger Anstieg des durchschnittlich erhobenen Zusatzbeitrags zur gesetzlichen Krankenversicherung, sondern auch eine Erhöhung des Beitragssatzes zur gesetzlichen Pflegeversicherung zu Beginn des Jahres 2027 unterstellt. Zusammengekommen ergibt sich somit im kommenden Jahr keine Entlastung der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte. Auf der Ausgabeseite belaufen sich hingegen die Mehrausgaben für die Landesverteidigung und im Rahmen des Sondervermögens Infrastruktur und Klimaneutralität im kommenden Jahr annahmegemäß auf 20 Mrd. Euro. Zudem tritt der Industriestrompreis in Kraft und die Kaufprämie für Elektroautos wirkt im Jahr 2027 erstmals ganzjährig. Der Impuls aus diskretionären finanzpolitischen Maßnahmen beläuft sich im Jahr 2027 erneut auf 25 Mrd. Euro bzw. 0,5% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt.

Deutsche Konjunktur: Nach schwachem Jahresauftakt und Energiepreisschock eingetrübte Perspektiven

Der Angriff der USA und Israels auf den Iran verschlechtert die Aussichten auch für die deutsche Konjunktur: Die gestiegenen Energiepreise belasten hierzulande die Einkommen der privaten Haushalte und erhöhen Produktionskosten insbesondere für Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes. Allerdings sind die bislang zu beobachtenden Preisanstiege für Erdgas in Europa deutlich geringer als die Anstiege während der Energiekrise des Jahres 2022 im Zusammenhang mit dem russischen Angriff auf die Ukraine (vgl. Abbildung 3). Auch werden die Verbraucher von Erdgas wegen langfristiger Vertragsbindungen die Verteuerung nur mit einiger Verzögerung zu spüren bekommen. In der vorliegenden Prognose wird unterstellt, dass sich die Preise wieder zurückbilden, sobald die Kampfhandlungen enden, freilich auf ein höheres Niveau als vor Kriegsausbruch allgemein erwartet worden war, denn die geopolitischen Risiken werden sich kaum zur Gänze auflösen (vgl. Abschnitt Rahmenbedingungen für die Prognose). Weil die Energiepreise in diesem Fall nur vorübergehend deutlich erhöht sind, bleiben auch Zweitrundeneffekte gering. Unter solchen Voraussetzungen beträgt der Effekt auf die Inflation in Deutschland im Jahr 2026 etwa 0,5 Prozentpunkte, und der Dämpfer für die Realwirtschaft wäre nicht groß.

Abbildung 3
Europäische Preise¹ für Erdöl und Erdgas



¹ Ab März 2026: Futures-Preise vom 9.3.2026 (12 Uhr) unter Annahme konstanter Wechselkurse.

Quelle: LSEG Workspace.

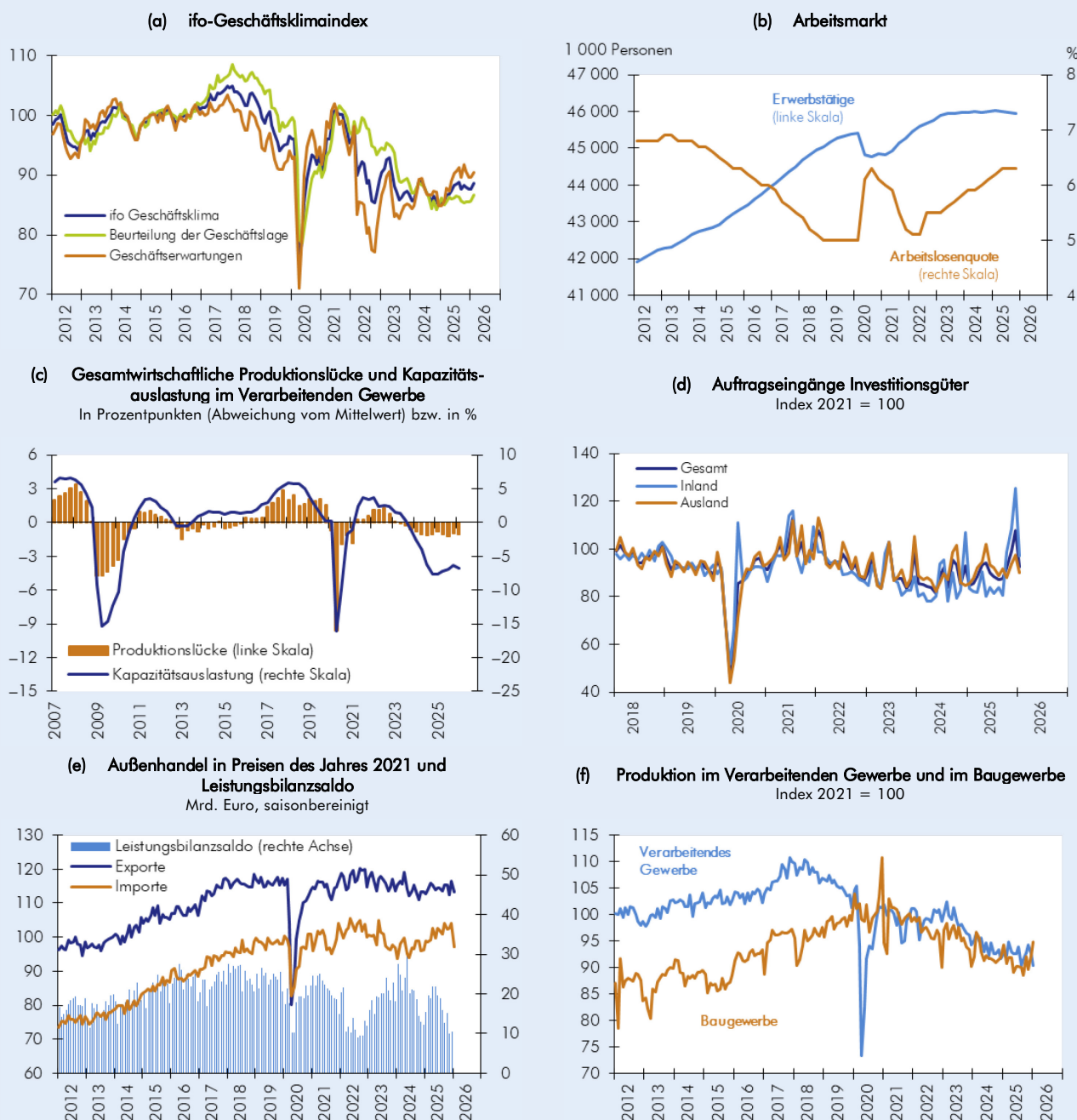
Die deutschen Konjunkturdaten deuten für sich genommen auf eine leichte Belebung hin; sie zeigen aber auch das Bild einer Wirtschaft, die sich noch in der Krise befindet. So liegt das ifo-Geschäftsklima auf sehr niedrigem Niveau, auch wenn es sich zuletzt etwas verbessert hat (vgl. Abbildung 4a). Im Schlussquartal 2025 hat das Bruttoinlandsprodukt nach zwei negativen Quartalsraten wieder expandiert, um 0,3% (vgl. Abbildung A3). Damit war die gesamtwirtschaftliche Produktion aber immer noch kaum höher als im Jahr 2019 und der Produktionsindex für das Verarbeitende Gewerbe niedriger als im Jahr 2018, für das Baugewerbe gar niedriger als 2017 (vgl. Abbildung 4f). Weiter sehr gering ist die aus Umfragen ermittelte Kapazitätsauslastung im Verarbeitenden Gewerbe (vgl. Abbildung 4c), und auch im vierten Quartal hat die Wertschöpfung in diesem Wirtschaftsbereich lediglich stagniert (vgl. Tabelle A12). Die Exporte (Waren und Dienstleistungen) sind sogar weiter zurückgegangen, vor allem aufgrund eines schlechten Geschäfts im Handel mit außereuropäischen Ländern. Zugelegt hat hingegen die binnenwirtschaftliche Verwendung und besonders stark der öffentliche Konsum, das einzige Verwendungsaggregat, das in den vergangenen Jahren in der Tendenz deutlich expandiert hat. Mehr ausgegeben haben aber auch die privaten Haushalte, obwohl die Beschäftigung in den vergangenen drei Quartalen leicht geschrumpft und die Arbeitslosenquote gestiegen ist (vgl. Abbildung 4b). Eine Erklärung für den robusten privaten Konsum liegt in dem (auch in realer Rechnung) spürbaren Anstieg der Arbeitnehmerentgelte im Jahr 2025. Zwar lagen andererseits die übrigen Primäreinkommen real unter Vorjahresniveau, von diesen Einkommen wandert aber ein kleinerer Teil in den Konsum als von den Löhnen und Gehältern.

Auch die Bruttoanlageinvestitionen sind zuletzt gestiegen, um 1%. Bemerkenswert ist, dass die Bauinvestitionen deutlich zulegen, und zwar sowohl im Wohnungs- als auch im Wirtschaftsbau, von öffentlicher wie von privater Seite. Auch die Wertschöpfung im Baugewerbe, welche im Trend seit fünf Jahren sinkt, hat expandiert. Stagniert haben dagegen die Ausrüstungsinvestitionen: Während die von privater Seite finanzierten deutlich (um 5%) zurückgingen, gab es einen

enormen Anstieg von öffentlicher Seite (+38%) im Schlussquartal 2025. Dabei dürfte es sich im Wesentlichen um Investitionen in militärische Waffensysteme handeln, und diese dürften auch hinter den im vierten Quartal hohen inländischen Eingängen von Aufträgen an das Verarbeitende Gewerbe stehen (vgl. Abbildung 4d).

Mehrausgaben der öffentlichen Hand sind nicht nur für die Rüstung, sondern auch für Infrastrukturinvestitionen geplant. Dieser finanzpolitische Impuls wird die gesamtwirtschaftliche Expansion in diesem und im kommenden Jahr anschieben. Danach wird die Finanzpolitik allerdings auf einen Konsolidierungskurs einschwenken müssen, wenn die finanzpolitischen Vorgaben der EU weiter eingehalten werden sollen.³

Abbildung 4
Wichtige Konjunkturindikatoren



Quellen: Europäische Kommission; Statistisches Bundesamt; Deutsche Bundesbank; ifo-Institut; Bundesagentur für Arbeit; Datastream; Berechnungen des IWH.

³ Vgl. dazu Drygalla, A.; Heinisch, K.; Holtemöller, O.; Lindner, A.; Schult, C.; Zeddies, G.: Einhaltung der EU-Fiskalregeln erfordert umfangreiche Konsolidierung — Mittelfristige Projektion der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und der öffentlichen Finanzen in Deutschland. IWH Policy Notes 1/2026. Halle (Saale) 2026.

Was die Konjunktur im laufenden Jahr zusätzlich stützen dürfte, ist eine Stabilisierung der Exporte. Denn es wird wohl kein weiterer negativer Impuls vonseiten der US-Zollpolitik kommen, und die internationale Konjunktur bleibt nach vorliegender Prognose robust.

Im ersten Halbjahr 2026 dürfte die Erholung aber nur verhalten ausfallen. Zum einen ist nach aller Erfahrung mit Verzögerungen bei der Umsetzung der Planungen zu rechnen. Zum anderen werden die gestiegenen Energiekosten den privaten Konsum etwas dämpfen, und wegen der erhöhten geopolitischen Risiken werden manche Investitionsentscheidungen erst einmal aufgeschoben. Schließlich dürfte die kalte Witterung zu Jahresanfang die Bauaktivität im ersten Quartal gesenkt haben. In der zweiten Jahreshälfte dürfte die Belebung dann etwas an Schwung gewinnen. Alles in allem legt das Bruttoinlandsprodukt in Deutschland nach vorliegender Prognose im Jahr 2026 um 0,7% zu (arbeitstäglich bereinigt um 0,5%, vgl. Tabelle A6). Im Jahr 2027 expandiert die Produktion um 1,0%. Für das Jahr 2026 reicht das 68%-Prognoseintervall des Bruttoinlandsproduktes von -0,4% bis 1,8% und für das Jahr 2027 von -0,9% bis 3,0% (vgl. Abbildung 5). Nach vorliegender Prognose kommt die deutsche Wirtschaft im Lauf des Jahres 2027 in eine leichte Überauslastung, wobei das Potenzialwachstum immer geringer wird (vgl. Kasten). Die Verbraucherpreisinflation dürfte im Jahr 2026 bei 2,7% liegen und im Jahr darauf bei 2,1%. Die Terms of Trade verschlechtern sich im Jahr 2026 wegen der höheren Preise für importierte Energieträger, im Jahr darauf verbessern sie sich wieder. Die Zahl der Erwerbstätigen wird im Jahr 2026 in etwa stagnieren, und im Jahr 2027 dürfte sie bedingt durch die Demographie zu sinken beginnen. Der deutsche Leistungsbilanzsaldo geht weiter zurück, von 4,4% im Jahr 2025 auf 3,6% in diesem Jahr und 3,5% im Jahr 2027.

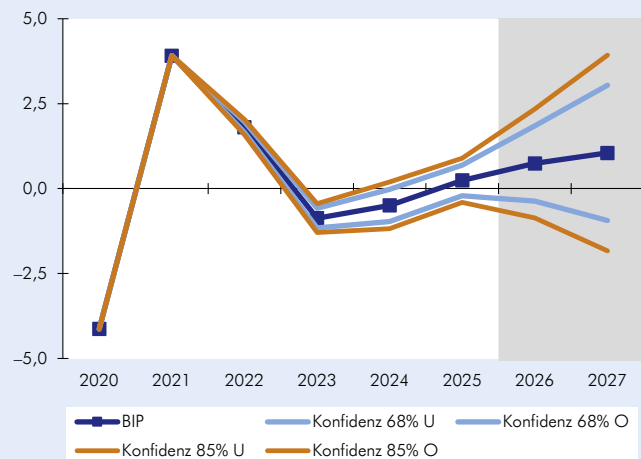
Das gesamtstaatliche Haushaltsdefizit lag im Jahr 2025 bei knapp 120 Mrd. Euro bzw. 2,7% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt. Infolge zahlreicher Entlastungen legte das Steueraufkommen unterdurchschnittlich zu. Die Einnahmen der Sozialversicherungen expandierten hingegen durch die Beitragssatzanhebungen bei der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung kräftig. Im Jahr 2026 dürften die Steuereinnahmen mit einer ähnlichen Rate zulegen wie im Jahr zuvor. Zwar expandieren Bruttolöhne und -gehälter verlangsamt. Die Unternehmens- und Vermögenseinkommen dürften jedoch nach zweijährigem Rückgang wieder expandieren. Die Beitragseinnahmen dürften verlangsamt zulegen. Zwar liegt der durchschnittlich erhobene Zusatzbeitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung erneut höher als im Vorjahr, der geringere Zuwachs der Bruttolöhne und -gehälter dämpft jedoch den Aufwuchs der Sozialbeiträge. Auf der Ausgabeseite machen sich die investiven Mehrausgaben im Rahmen der Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität sowie Bundeswehr zunehmend bemerkbar. Auch die Zinsausgaben des Staates nehmen mit dem steigenden Schuldenstand erneut kräftig zu. Gleiches gilt für die Subventionen und die geleisteten Vermögens-transfers, die im Zeichen der Stabilisierung der Netzentgelte, des Industriestrompreises und der Abschaffung der Gasspeicherumlage stehen. Hinzu kommen stark steigende Transfers an die EU, sodass sich das gesamtstaatliche Haushaltsdefizit im laufenden Jahr weiter erhöht.

Im Jahr 2027 nehmen die Einnahmen des Staates mit einer ähnlichen Rate zu wie im Vorjahr. So legen die Bruttolöhne und -gehälter in etwa so zu wie im Jahr 2026. Während die Steuereinnahmen aufgrund weiterer steuerlicher Entlastungen verlangsamt expandieren, nehmen die Beitragseinnahmen infolge eines weiteren Anstiegs des kumulierten Beitragssatzes zu den Sozialversicherungen beschleunigt zu. Die öffentlichen Ausgaben nehmen hingegen etwas verlangsamt zu. Zwar werden die staatlichen Bruttoinvestitionen und die Vermögenstransfers im Rahmen der zusätzlichen investiven Maßnahmen erneut stark ausgeweitet. Die Arbeitnehmerentgelte expandieren jedoch schwächer als

Abbildung 5

Prognoseunsicherheit¹

Veränderung gegenüber Vorjahr in %



¹ Zur Berechnung werden die Prognosefehler für den Zuwachs des IWH aus der Vergangenheit herangezogen und Risikoszenarien ausgeblendet, d.h. die tatsächliche Prognoseunsicherheit unter Einbeziehung extremer Risiken ist höher als hier angegeben.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

in den Jahren zuvor, und die Abführungen an die EU nehmen nur noch geringfügig zu. Das Finanzierungsdefizit des Staates dürfte sich bei einer nahezu unverändert schwachen konjunkturellen Dynamik nochmals erhöhen und im Jahr 2027 bei 3,9% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt liegen, nach 3,6% im Jahr zuvor. Der strukturelle Finanzierungssaldo verringert sich von –1,7% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2025 auf –2,7% im Jahr 2026. Bis zum Jahr 2027 reduziert er sich weiter auf dann –3,4% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt. Der strukturelle Primärsaldo verringert sich mit der expansiv ausgerichteten Finanzpolitik im laufenden Jahr um 1,0 Prozentpunkte und im kommenden Jahr um 0,7 Prozentpunkte auf dann –2,2% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt (vgl. Tabelle 1).

Tabelle 1**Finanzierungssaldo, struktureller Finanzierungssaldo und struktureller Primärsaldo des Staates**

in Milliarden Euro

	EU-Methode				Modifizierte EU-Methode (MODEM)			
	2024	2025	2026	2027	2024	2025	2026	2027
Gesamtstaatlicher Finanzierungssaldo	–115,3	–119,1	–164,7	–185,6	–115,3	–119,1	–164,7	–185,6
– Konjunkturkomponente ¹	–38,0	–45,0	–38,9	–21,6	–23,6	–27,1	–17,4	4,9
= Konjunkturbereinigter Finanzierungssaldo	–77,3	–74,2	–125,8	–164,0	–91,7	–92,0	–147,3	–190,5
– Einmaleffekte ²	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
= Struktureller Finanzierungssaldo	–77,3	–74,2	–125,8	–164,0	–91,7	–92,0	–147,3	–190,5
+ Zinsausgaben des Staates	45,8	49,5	53,4	57,7	45,8	49,5	53,4	57,7
= Struktureller Primärsaldo	–31,4	–24,6	–72,4	–106,3	–45,9	–42,5	–93,9	–132,8
Veränderung des strukturellen Primärsaldos gegenüber dem Vorjahr	20,4	6,8	–47,7	–33,9	17,5	3,4	–51,5	–38,9
Nachrichtlich:	In Relation zum Bruttoinlandsprodukt in %							
Struktureller Finanzierungssaldo	–1,8	–1,7	–2,7	–3,4	–2,1	–2,1	–3,2	–4,0
Struktureller Primärsaldo	–0,7	–0,6	–1,6	–2,2	–1,1	–0,9	–2,0	–2,8
Veränderung des strukturellen Primärsaldos gegenüber dem Vorjahr	0,5	0,2	–1,0	–0,7	0,4	0,1	–1,1	–0,7

¹ Berechnet mit einer Budgetsemielastizität von 0,504. – ² Laut AMECO-Datenbank.

Quellen: Statistisches Bundesamt; AMECO; Berechnungen und Schätzungen des IWH.

Der Krieg am Persischen Golf stellt wie für die internationale Konjunktur so auch für die Wirtschaft in Deutschland ein erhebliches Risiko dar. Direkt wirkt der Krieg auf die deutsche Rechnung für importiertes Erdöl und Erdgas. In der vorliegenden Prognose ist unterstellt, dass sich der bei Kriegsausbruch erfolgte Preisanstieg nicht fortsetzt und die Preise in der zweiten Jahreshälfte wieder sinken. Es ist aber auch denkbar, dass sie weiter steigen und länger hoch bleiben, etwa wenn es für Tanker weiter zu riskant ist, die Straße von Hormus zu benutzen oder ein Teil der Produktionskapazitäten am Golf zerstört wird. Weil es für Flüssiggas ebenso wie für Erdöl einen integrierten Weltmarkt gibt, spielt es dabei keine große Rolle, dass die Golfregion bislang vor allem nach Asien und kaum nach Europa geliefert hat. Ein deutlich größerer und dauerhafter Preissprung für Energieträger in Europa würde die Inflationsraten stärker erhöhen als hier unterstellt und möglicherweise die EZB veranlassen, ihre geldpolitischen Zügel anzuziehen. Sollte es nach Kriegsende zu einer Reintegration des Iran in den Welthandel kommen, könnte dies mittelfristig positive Effekte auf die deutsche Wirtschaft haben.

Ein anders geartetes Risiko für die deutsche Konjunktur besteht darin, dass schwer zu kalkulieren ist, wie sich die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Exportindustrien in nächster Zeit entwickelt. Eine Stabilisierung der deutschen Exporte ist nach vorliegender Prognose neben dem finanzpolitischen Impuls die zweite Ursache für die konjunkturelle Erholung. Allerdings sind die Exporte im Jahr 2025 nicht nur wegen der US-Zollerhöhungen, die sich so wohl nicht wiederholen werden, zurückgegangen. Vielmehr verschlechtert sich die Wettbewerbsposition des deutschen Verarbeitenden Gewerbes gegenüber ausländischer und insbesondere chinesischer Konkurrenz schon seit einigen Jahren. Es fällt vielen deutschen Unternehmen schwer, technologisch mit der chinesischen Konkurrenz mitzuhalten. Dieser kommt aber auch zugute, dass der Yuan gegenüber dem Euro wegen der chinesischen Wechselkurspolitik und deflationären Tendenzen in China in den vergangenen Jahren real abgewertet hat. Sollten die deutschen Exportunternehmen gegenüber der chinesischen Konkurrenz weiter an Boden verlieren und die deutschen Exporte deshalb auch im Jahr 2026 weiter deutlich sinken, ist eine gesamtwirtschaftliche Erholung in Deutschland unwahrscheinlich.

Kasten**Zur Schätzung des Produktionspotenzials**

Zur Bestimmung des Produktionspotenzials verwendet das IWH die Methode, die von der EU-Kommission im Rahmen der regelmäßigen Haushaltsüberwachung angewendet wird. Darüber hinaus berechnet das IWH das Produktionspotenzial auch mit der von der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose verwendeten modifizierten Methode (modifizierte EU-Methode, MODEM), bei der die Fortschreibungsmodelle an die empirischen Gegebenheiten in Deutschland angepasst werden. Unter Anwendung dieser Methode ergibt sich für den Projektionszeitraum bis zum Jahr 2030 ein jahresdurchschnittlicher Zuwachs des Produktionspotenzials von 0,1% (vgl. Tabelle K1). Die Konjunkturbereinigung der öffentlichen Finanzierungssalden erfolgt weiterhin nach dem EU-Verfahren, um die Vergleichbarkeit mit der Finanzplanung des Bundes zu gewährleisten. Gemäß der EU-Methode ergibt sich mit 0,4% eine leicht höhere jahresdurchschnittliche Wachstumsrate des Produktionspotenzials, was im Wesentlichen aus einer höheren projizierten Partizipationsquote resultiert.

Tabelle K1**Produktionspotenzial und seine Determinanten nach EU- und nach modifizierter EU-Methode**Jahresdurchschnittliche Veränderung in %¹

	1996 – 2024 ²	EU-Methode		Modifizierte EU-Methode (MODEM)	
		1996 – 2024	2024 – 2030	1996 – 2024	2024 – 2030
Produktionspotenzial	1,2	1,2	0,4	1,2	0,1
Kapitalstock	1,5 (0,5)	1,5 (0,5)	0,8 (0,3)	1,5 (0,5)	0,7 (0,3)
TFP	0,5 (0,5)	0,6 (0,6)	0,3 (0,3)	0,5 (0,5)	0,2 (0,2)
Arbeitsvolumen	0,2 (0,1)	0,2 (0,1)	-0,2 (-0,1)	0,2 (0,1)	-0,5 (-0,3)
Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter	0,0	0,0	-0,2	0,0	-0,2
Partizipationsquote	0,5	0,5	0,2	0,5	-0,1
Erwerbslosenquote	0,2	0,2	-0,1	0,2	0,0
Durchschnittliche Arbeitszeit	-0,5	-0,4	-0,1	-0,4	-0,2
Nachrichtlich:					
Arbeitsproduktivität	1,0	1,0	0,6	1,0	0,6

¹ Differenzen in den aggregierten Werten ergeben sich durch Rundung. In Klammern: Wachstumsbeiträge. – ² Tatsächliche Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts und seiner Determinanten.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Projektionen des IWH.

Die Einschätzung der Bevölkerungsentwicklung orientiert sich an der Variante W1-G2-L2-W1 der 16. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes vom Dezember 2025, die auf moderaten Annahmen zu Geburtenhäufigkeit und Anstieg der Lebenserwartung sowie niedrigen Annahmen zur Wanderung beruht. In der vorliegenden Projektion wurde die Vorausberechnung an aktuelle Wanderungsdaten angepasst. Der Wanderungssaldo verringerte sich im vergangenen Jahr um knapp die Hälfte auf rund 235 000 Personen. Ohne Berücksichtigung der kriegsbedingten Zuwanderung aus der Ukraine hätte er bei etwa 150 000 gelegen und damit der Annahme der Wanderungsvariante W1 entsprochen. Für den Projektionszeitraum wird angenommen, dass dieser Wert weitgehend konstant bleibt und lediglich kurzfristig infolge einer etwas höheren Zuwanderung aus der Ukraine geringfügig nach oben abweicht.

Unter Berücksichtigung der genannten Annahmen wird im Zuge der Alterung die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15–74 Jahre) beginnend mit diesem Jahr allmählich sinken. Bis zum Ende des Projektionszeitraums im Jahr 2030 beträgt der Rückgang etwa 850 000 Personen. Dabei wird die Partizipation, die in den vergangenen Jahren weitestgehend konstant geblieben war, gegen Ende des Projektionszeitraums leicht zurückgehen, da bevölkerungsreiche Alterskohorten im Zuge der demographischen Alterung eine geringere Erwerbsbeteiligung aufweisen. Insgesamt sinkt die trendmäßige Partizipationsrate bis 2030 um einen halben Prozentpunkt auf 75,3%.

Die Schätzung der strukturellen Erwerbslosenquote (SELO) berücksichtigt die besondere Arbeitsmarktsituation von Geflüchteten, leitet sich jedoch im Wesentlichen aus der strukturellen Erwerbslosenquote der übrigen Erwerbspersonen ab, welche mittels Hodrick-Prescott-Filter ermittelt wird. Die gesamtwirtschaftliche SELO betrug im Jahr 2025 demnach 3,3%. Sie dürfte aufgrund sinkender Erwerbslosenquoten der Geflüchteten bis 2030 auf 3,0% sinken.

Die durchschnittliche Arbeitszeit je Arbeitnehmer dürfte im Jahr 2027 ihren trendmäßigen Wert leicht übersteigen. Danach wird sie mit Hilfe eines Zeitreihenmodells fortgeschrieben, wobei die außerordentlich niedrige Arbeitszeit im Jahr 2020 als Sondereffekt berücksichtigt wird. Die trendmäßige Arbeitszeit geht im Projektionszeitraum weiter zurück, jedoch etwas weniger stark als in den Jahren zuvor. Über den gesamten Zeitraum sinkt die

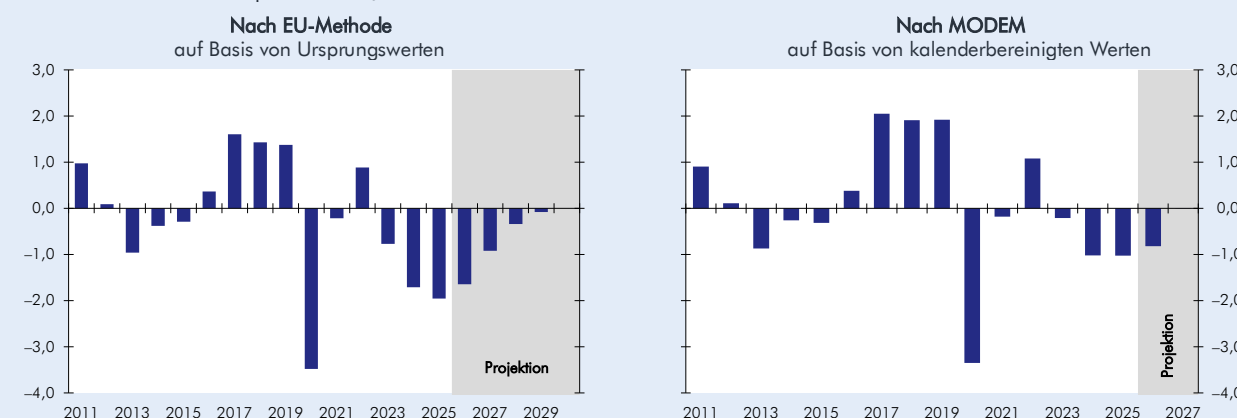
im Jahr geleistete Arbeitszeit je Erwerbstätigen um neun Stunden. Alles in allem beginnt das potenzielle Arbeitsvolumen ab diesem Jahr zu sinken. Der Rückgang ist zunächst vor allem auf die sinkende trendmäßige Arbeitszeit zurückzuführen. In der mittleren Frist dämpfen bis auf die leicht sinkende strukturelle Erwerbslosenquote alle Faktoren. Über den gesamten Projektionszeitraum sinkt das potenzielle Arbeitsvolumen um jahresdurchschnittlich 0,4% und dämpft das Potenzialwachstum um durchschnittlich 0,3 Prozentpunkte pro Jahr.

Der Kapitalstock, der auf Basis der Prognose der Bruttoanlageinvestitionen und der Abgangsquote fortgeschrieben wird, wird der Projektion zufolge um durchschnittlich 0,7% pro Jahr ausgeweitet werden und damit 0,3 Prozentpunkte zum Potenzialwachstum beitragen. Der jahresdurchschnittliche Zuwachs der trendmäßigen TFP wird im Projektionszeitraum 0,2% betragen und 0,2 Prozentpunkte zum Potenzialwachstum beitragen.

Abbildung K1

Produktionslücke nach EU- und nach modifizierter EU-Methode

In Relation zum Produktionspotenzial in %



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Projektionen des IWH.

Auf Basis der Schätzung des Produktionspotenzials und der Prognose des Bruttoinlandsproduktes ergab sich für das Jahr 2025 eine Produktionslücke von -1,0%, die sich bis zum Ende des kurzfristigen Prognosezeitraums (2027) nach und nach schließt (vgl. Abbildung K1).

Entwicklung in Ostdeutschland

Das Konjunkturbild für Deutschland insgesamt gilt auch für den Osten Deutschlands. Allerdings hat die ostdeutsche Produktion – vor allem dank der Berliner Wirtschaft – im ersten Halbjahr 2025 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um einen halben Prozentpunkt und damit deutlicher als in Deutschland insgesamt expandiert. Auch im Gesamtjahr 2025 wird die Expansionsrate der ostdeutschen Wirtschaft mit 0,4% wohl leicht höher liegen als in Deutschland insgesamt (0,2%). Jedoch bremst der demographisch bedingte Schwund an Arbeitskräften das Wirtschaftswachstum. So lag die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zuletzt (Dezember) in Ostdeutschland um 0,6% unter Vorjahresniveau, im Westen nur um 0,1%. Für das Jahr 2026 ist deshalb damit zu rechnen, dass die ostdeutsche Produktion mit 0,7% genauso stark expandiert wie in Deutschland insgesamt. Die Arbeitslosenquote wird im Jahr 2026 wohl 7,8% und im Jahr darauf 7,6% betragen. Die Antwort auf die Frage, ob Ostdeutschland von einem möglichen Energiepreisschock stärker betroffen ist als Deutschland insgesamt, muss differenziert ausfallen: Für das ostdeutsche Verarbeitende Gewerbe sind die Energiepreise etwas wichtiger als im Westen, denn der Anteil der energieintensiven Wirtschaftszweige am gesamten Verarbeitenden Gewerbe ist im Osten etwas höher.⁴ Weil das ostdeutsche Verarbeitende Gewerbe aber mit 13,4% einen geringeren Anteil an der Wertschöpfung hat als in Deutschland insgesamt (19,7%, Zahlen aus dem Jahr 2024), wäre gesamtwirtschaftlich der Osten wohl etwas weniger betroffen.

⁴ Der Anteil der energieintensiven Wirtschaftszweige Herstellung von Nahrungsmitteln und Getränken, Textilien, Papier und Pappe, Chemie, Glas, Keramik und Verarbeitung von Steinen und Erden sowie Metallerzeugung und -bearbeitung am gesamten Verarbeitenden Gewerbe ist, gemessen an der Bruttolohn- und Gehaltssumme, in Ostdeutschland (ohne Berlin) mit 28% höher als in Deutschland insgesamt (22%, Zahlen aus dem Jahr 2024).

Anhang

Tabelle A1

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in der Welt

	Gewicht (BIP) in %	Bruttoinlandsprodukt ¹				Verbraucherpreise ¹				Arbeitslosenquote ²											
		Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %								in %											
		2024	2025	2026	2027	2024	2025	2026	2027	2024	2025	2026	2027								
Europa	28,5	1,4	1,6	1,3	1,5	5,6	4,5	4,0	3,0	5,9	6,0	5,9	5,8								
EU 27	19,8	1,0	1,6	1,3	1,5	2,5	2,3	2,5	1,9												
Großbritannien	3,7	1,1	1,3	0,9	1,3	2,5	3,4	2,8	2,2					4,3	4,8	5,3	5,1				
Schweiz	1,0	1,4	1,3	1,1	1,6	1,1	0,2	0,7	0,5					4,3	4,8	5,1	4,9				
Norwegen	0,5	2,1	1,2	1,8	1,6	3,1	3,0	2,7	2,2					4,0	4,5	4,6	4,5				
Russland	2,2	4,3	0,9	1,1	1,0	8,4	8,7	5,5	4,5												
Türkei	1,4	3,3	3,6	3,3	3,8	58,5	34,9	28,0	20,0												
Amerika	37,9	2,6	2,2	2,3	2,1	3,0	2,7	2,9	2,4	4,0	4,3	4,5	4,4								
USA	29,8	2,8	2,2	2,5	2,1																
Kanada	2,3	1,6	1,7	1,0	1,7									2,4	2,1	2,4	2,1	6,4	6,9	6,7	6,5
Lateinamerika ³	5,8	2,0	2,1	1,9	2,2																
Asien	33,6	4,3	4,5	4,1	4,0	2,7	3,2	2,3	1,8	2,6	2,5	2,6	2,5								
Japan	4,1	0,1	1,2	0,8	1,0																
China ohne Hongkong	19,0	5,0	5,0	4,5	4,4																
Südkorea	1,9	2,0	1,0	2,1	2,1									2,3	2,1	2,5	1,9	2,8	2,8	3,0	2,9
Indien	4,0	6,5	7,5	6,7	6,5																
Ostasien ohne China ⁴	4,6	4,5	4,6	4,2	3,8																
Insgesamt ⁵	100,0	2,9	2,8	2,6	2,6																
fortgeschrittene Volkswirtschaften ⁶	64,7	1,9	1,9	1,9	1,8	2,7	2,6	2,6	2,1	4,6	4,7	4,8	4,7								
Schwellenländer ⁷	35,3	4,6	4,4	4,0	4,1																
nachrichtlich:																					
Exportgewichtet ⁸	–	1,9	2,1	2,0	2,1																
gewichtet n. Kaufkraftparitäten ⁹	–	3,4	3,3	3,1	3,0																
Welthandel ¹⁰	–	2,5	4,4	1,5	1,9																

¹ Für Ländergruppen: Gewichteter Durchschnitt der Länder. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2024 in US-Dollar. – ² Für Ländergruppen: Gewichteter Durchschnitt der Länder. Gewichtet mit der Zahl der Erwerbspersonen von 2024. – ³ Brasilien, Mexiko, Argentinien, Peru, Kolumbien, Chile. – ⁴ Indonesien, Taiwan (Provinz Chinas), Thailand, Malaysia, Singapur, Philippinen, Hongkong (Sonderverwaltungszone Chinas). – ⁵ Summe der aufgeführten Ländergruppen. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2024 in US-Dollar. – ⁶ EU 27, Großbritannien, Schweiz, Norwegen, USA, Kanada, Japan, Korea, Taiwan, Hongkong, Singapur. – ⁷ Russland, China ohne Hongkong, Indien, Indonesien, Thailand, Malaysia, Philippinen, Lateinamerika. – ⁸ Summe der aufgeführten Länder. Gewichtet mit den Anteilen an der deutschen Ausfuhr 2024. – ⁹ Kaufkraftparitäten nach IWF für das Jahr 2024. – ¹⁰ Realer Güterhandel. Wert für 2024 von CPB.

Quellen: IWF; OECD; CPB; ILO; 2026 und 2027: Prognose des IWH.

Tabelle A2**Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung in den USA**

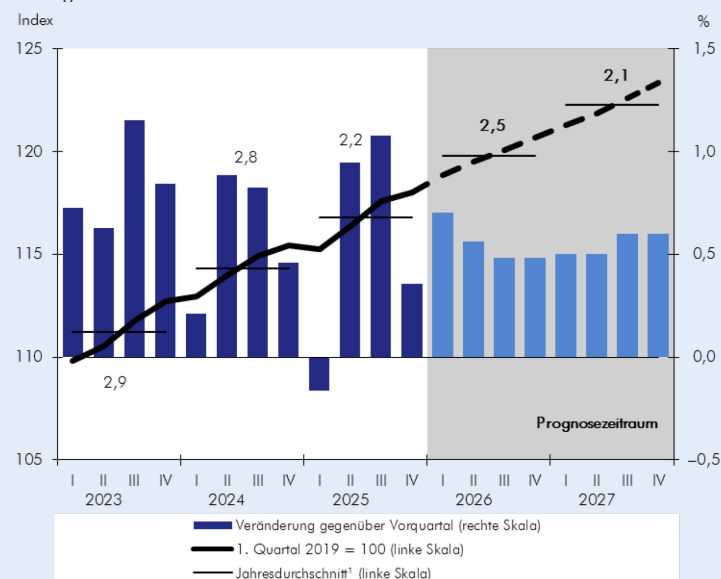
	2024	2025	2026	2027
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
reales Bruttoinlandsprodukt	2,8	2,2	2,5	2,1
privater Konsum	2,9	2,7	2,1	1,9
Staatskonsum und -investitionen	3,8	1,2	1,0	1,2
private Anlageinvestitionen	3,0	2,0	1,9	2,2
Vorratsveränderungen ¹	0,0	0,2	0,0	0,0
inländische Verwendung	3,1	2,5	1,9	1,8
Exporte	3,6	1,7	2,3	2,5
Importe	5,8	2,7	-0,4	2,5
Außenbeitrag ¹	-0,5	-0,2	0,3	-0,1
Verbraucherpreise	3,0	2,7	2,9	2,4
in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts				
Budgetsaldo ²	-7,9	-7,5	-7,7	-7,6
Leistungsbilanzsaldo	-4,0	-3,8	-3,4	-3,5
in % der Erwerbspersonen				
Arbeitslosenquote	4,0	4,3	4,5	4,4

¹ Wachstumsbeitrag. – ² Gesamtstaat.

Quellen: Bureau of Economic Analysis; Bureau of Labor Statistics; IWF; 2026 und 2027: Prognose des IWH.

Abbildung A1**Reales Bruttoinlandsprodukt in den USA**

Saisonbereinigter Verlauf



¹ Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Bureau of Economic Analysis; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 1. Quartal 2026: Prognose des IWH.

Tabelle A3**Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung im Euroraum**

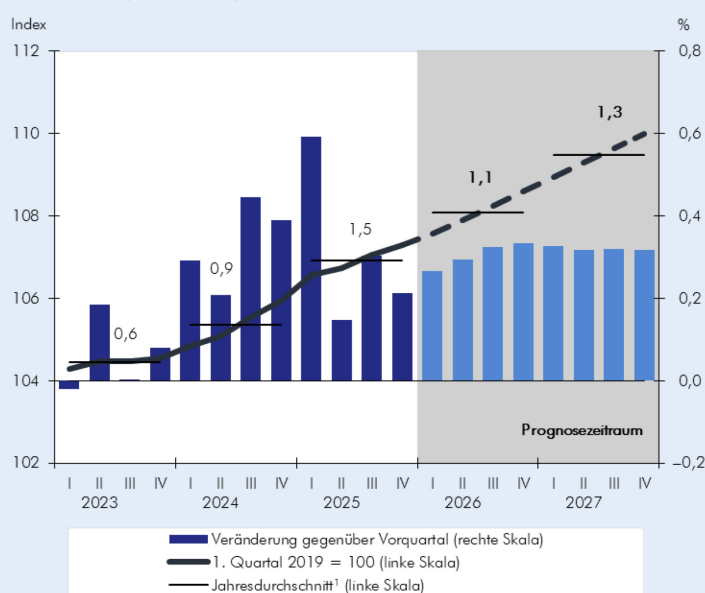
	2024	2025	2026	2027
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
reales Bruttoinlandsprodukt	0,9	1,4	1,1	1,3
privater Konsum	1,3	1,5	1,3	1,3
öffentlicher Konsum	2,3	1,5	1,7	1,3
Bruttoanlageinvestitionen	-2,5	2,9	1,5	1,3
inländische Verwendung	0,6	2,1	1,4	1,3
Exporte ¹	0,5	2,0	3,1	1,4
Importe ¹	-0,1	3,6	3,1	1,4
Außenbeitrag ²	0,3	-0,6	-0,1	0,0
Verbraucherpreise ³	2,4	2,1	2,4	1,8
% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt				
Budgetsaldo ⁴	-3,1	-3,1	-3,4	-3,2
Leistungsbilanzsaldo	2,7	1,6	1,2	1,7
in % der Erwerbspersonen				
Arbeitslosenquote ⁵	6,3	6,3	6,2	6,1

¹ Einschließlich Intrahandel. – ² Wachstumsbeitrag. – ³ Harmonisierter Verbraucherpreisindex. – ⁴ Gesamtstaatlich. – ⁵ Standardisiert.

Quellen: Eurostat; Europäische Kommission; Berechnungen des IWH; 2026 und 2027: Prognose des IWH.

Abbildung A2**Reales Bruttoinlandsprodukt im Euroraum**

Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



¹ Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Eurostat; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 1. Quartal 2026: Prognose des IWH.

Tabelle A4**Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in Europa**

	Gewicht (BIP) in %	Bruttoinlandsprodukt ¹				Verbraucherpreise ²				Arbeitslosenquote ³			
		Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %								in %			
		2024	2025	2026	2027	2024	2025	2026	2027	2024	2025	2026	2027
Deutschland	24,1	−0,5	0,4	0,5	0,9	2,5	2,3	2,7	2,1	3,4	3,8	3,7	3,5
Frankreich	16,2	1,1	0,9	1,0	1,2	2,3	0,9	1,8	1,4	7,4	7,7	7,5	7,6
Italien	12,2	0,6	0,7	0,8	0,8	1,1	1,6	1,8	1,8	6,5	6,1	6,1	6,0
Spanien	8,9	3,5	2,8	2,5	1,8	2,9	2,7	2,9	2,0	11,4	10,5	10,2	10,0
Niederlande	6,2	1,1	1,9	1,5	1,3	3,2	3,0	2,7	1,7	3,7	3,9	3,9	4,0
Belgien	3,4	1,1	1,0	1,0	1,3	4,3	3,0	2,3	1,5	5,7	6,2	6,2	6,0
Irland	3,1	2,5	12,4	−0,8	3,1	1,3	2,1	2,9	1,8	4,3	4,7	4,6	4,6
Österreich	2,7	−0,8	0,7	0,9	1,7	2,9	3,6	2,8	2,2	5,2	5,7	5,5	5,4
Portugal	1,6	2,2	1,9	2,3	1,8	2,7	2,2	2,3	1,9	6,5	6,0	6,0	5,9
Finnland	1,5	0,4	0,2	1,1	1,3	1,0	1,8	2,1	1,2	8,4	9,7	9,5	9,4
Griechenland	1,3	2,1	2,2	2,3	1,6	3,0	2,9	3,4	2,1	10,1	8,9	8,6	8,3
Slowakei	0,7	1,9	0,8	1,4	2,4	3,1	4,2	4,4	2,2	5,3	5,4	5,8	5,8
Bulgarien	0,6	3,2	3,2	3,2	3,0	2,6	3,5	2,6	1,7	4,2	3,5	5,8	5,8
Luxemburg	0,5	0,3	0,6	1,6	1,8	2,3	2,5	2,3	1,7	6,3	6,5	6,6	6,6
Kroatien	0,5	3,8	3,2	3,4	2,8	4,0	4,4	4,2	2,2	5,1	4,8	4,6	4,5
Litauen	0,4	3,0	2,9	4,2	2,4	0,9	3,4	3,7	2,2	7,1	6,9	6,8	6,7
Slowenien	0,4	1,7	0,9	2,0	2,3	2,0	2,5	2,9	2,0	3,7	3,9	3,5	3,4
Lettland	0,2	−0,3	2,1	2,1	1,9	1,4	3,8	2,8	2,0	6,9	6,9	7,0	6,7
Estland	0,2	−0,1	0,5	1,9	3,4	3,8	4,8	3,5	2,0	7,6	7,4	7,4	7,2
Zypern	0,2	3,9	3,8	3,4	2,5	2,3	0,8	2,2	1,5	4,9	4,4	4,6	4,5
Malta	0,1	6,2	4,0	5,0	3,5	2,5	2,4	2,6	1,9	3,2	3,0	2,9	2,9
Euroraum insgesamt	85,1	0,9	1,4	1,1	1,3	2,4	2,1	2,4	1,8	6,3	6,3	6,2	6,1
Euroraum ohne Deutschland	61,0	1,4	1,9	1,3	1,5	2,3	2,1	2,3	1,7	7,3	7,1	7,1	7,0
Polen	4,7	3,0	3,6	3,6	3,0	3,7	3,3	2,8	2,4	2,9	3,1	3,0	3,0
Schweden	3,1	1,0	1,8	2,6	2,2	2,0	2,6	1,5	1,4	8,4	8,9	8,5	8,0
Dänemark	2,2	3,5	2,9	2,4	1,9	1,3	1,8	1,6	1,6	6,2	6,4	6,0	6,0
Rumänien	2,0	0,9	0,7	0,6	1,7	5,9	6,8	8,2	4,9	5,4	6,1	5,8	5,6
Tschechien	1,8	1,1	2,6	2,5	2,4	2,7	2,3	2,4	2,0	2,8	2,9	2,9	3,0
Ungarn	1,1	0,6	0,3	1,7	2,6	3,7	4,5	3,2	2,6	4,4	4,4	4,3	4,3
EU 27 ⁴	100,0	1,0	1,6	1,3	1,5	2,5	2,3	2,5	1,9	5,9	6,0	5,9	5,8
MOE-Länder ⁵	12,6	2,0	2,3	2,6	2,6	3,6	3,9	3,8	2,7	4,0	4,2	4,2	4,2

¹ Die Zuwachsraten sind um Kalendereffekte bereinigt.² Harmonisierter Verbraucherpreisindex.³ Standardisiert.⁴ Summe der aufgeführten Länder. Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2024 in US-Dollar. Arbeitslosenquote gewichtet mit der Zahl der Erwerbspersonen von 2024.⁵ Mittel- und osteuropäische Länder: Slowakei, Bulgarien, Kroatien, Litauen, Slowenien, Lettland, Estland, Polen, Rumänien, Tschechien, Ungarn.

Quellen: Eurostat; IWF; Berechnungen des IWH; 2026 und 2027: Prognose des IWH.

Tabelle A5**Quartalsdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung¹**

Veränderung in % gegenüber dem Vorquartal

	2025				2026				2027			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
private Konsumausgaben	0,8	0,4	0,0	0,5	0,1	0,0	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
öffentlicher Konsum	−0,8	0,3	0,6	1,1	0,0	0,6	0,4	0,5	0,5	0,5	0,5	0,6
Bauten	0,5	−1,0	−0,7	1,6	0,0	0,5	0,5	0,5	0,3	0,3	0,3	0,3
Ausrüstungen	0,3	−2,1	1,7	0,1	−0,7	0,0	0,5	0,5	0,7	0,7	0,6	0,6
sonstige Anlagen	0,6	1,2	0,9	1,0	0,9	1,0	1,0	0,9	0,8	0,8	0,8	0,8
Vorratsinvestitionen ²	−0,5	0,2	0,5	−0,3	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
inländische Verwendung	−0,1	0,2	0,8	0,4	0,0	0,2	0,3	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4
Außenbeitrag ²	0,4	−0,4	−0,8	−0,1	0,0	0,0	−0,1	−0,1	−0,1	−0,2	−0,2	−0,2
Exporte	2,5	0,2	−0,9	−0,6	0,2	0,3	0,5	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6
Importe	1,5	1,4	1,0	−0,3	0,2	0,4	0,7	0,8	0,9	0,9	1,0	1,0
Bruttoinlandsprodukt	0,4	−0,2	0,0	0,3	0,0	0,1	0,3	0,3	0,2	0,2	0,2	0,2

¹ Saison- und arbeitstäglich bereinigte Werte; in Vorjahrespreisen. – ² Beitrag zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts in Prozentpunkten (Lundberg-Komponenten).

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 1. Quartal 2026: Prognose des IWH.

Tabelle A6**Statistische Komponenten der BIP-Wachstumsrate**

In % bzw. Prozentpunkten

	2024	2025	2026	2027
statistischer Überhang ¹	−0,2	0,1	0,2	0,3
Jahresverlaufsrate ²	−0,2	0,4	0,7	0,9
jahresdurchschnittliche BIP-Rate, kalenderbereinigt	−0,5	0,4	0,5	0,9
Kalendereffekt ³	0,0	−0,1	0,2	0,1
jahresdurchschnittliche BIP-Rate, kalenderjährlich ⁴	−0,5	0,2	0,7	1,0

¹ Saison- und kalenderbereinigtes reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im vierten Quartal des Vorjahres in Relation zum kalenderbereinigten Quartalsdurchschnitt des Vorjahres. – ² Jahresveränderungsrate im vierten Quartal, saison- und kalenderbereinigt. – ³ In % des realen BIP. – ⁴ Abweichungen in der Summe rundungsbedingt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH; 2026 und 2027: Prognose des IWH.

Tabelle A7**Beiträge der Verwendungskomponenten zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts¹**

In Prozentpunkten

	2024	2025	2026	2027
Konsumausgaben	0,8	1,1	0,9	0,9
private Konsumausgaben	0,3	0,8	0,4	0,5
Konsumausgaben des Staates	0,6	0,3	0,4	0,5
Bruttoanlageinvestitionen	−0,7	0,0	0,4	0,5
Bauten	−0,4	−0,1	0,2	0,2
Ausrüstungen	−0,4	−0,1	0,1	0,2
sonstige Anlagen	0,0	0,2	0,2	0,1
Vorratsveränderung	0,1	0,7	0,0	0,0
inländische Verwendung	0,2	1,8	1,3	1,4
Außenbeitrag	−0,7	−1,5	−0,6	−0,4
Exporte	−0,9	−0,2	0,2	1,0
Importe	0,2	−1,4	−0,8	−1,4
Bruttoinlandsprodukt	−0,5	0,2	0,7	1,0

¹ Abweichungen in der Summe rundungsbedingt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2026 und 2027: Prognose des IWH.

Tabelle A8**Erwerbstätigkeit nach Beschäftigtengruppen in Deutschland 2025 und 2026**

	2025	2026 ¹	Veränderung in	
			1 000 Personen	%
Arbeitnehmer (Inland)	42 316	42 353	37	0,1
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	34 963	35 011	49	0,1
Geförderte ²	157	160	4	2,3
nicht geförderte	34 806	34 851	45	0,1
ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte	4 120	4 056	–94	–1,6
sonstige	3 233	3 286	53	1,6
Selbstständige einschließlich mithelfender Familienangehöriger	3 666	3 641	–25	–0,7
geförderte Selbstständigkeit	21	22	0	1,6
nicht geförderte Selbstständigkeit	3 644	3 619	–25	–0,7
Erwerbstätige (Inland)	45 982	45 994	12	0,0
staatlich subventionierte Erwerbstätige	481	454	–28	–5,7
geförderte Erwerbstätige ³	178	182	4	2,2
Kurzarbeit	303	272	–32	–10,4
ungeförderte Erwerbstätigkeit	45 501	45 540	39	0,1
nachrichtlich: Anteil der staatlich subventionierten Erwerbstätigen an den Erwerbstätigen (Inland) in %	1,0	1,0		

¹ Prognose des IWH. – ² Eingliederungszuschüsse (einschl. für Schwerbehinderte); Einstiegsgeld bei abhängiger SV-pflichtiger Erwerbstätigkeit; Beschäftigungszuschuss; ESF Bundesprogramm zur Eingliederung langzeitarbeitsloser Leistungsberechtigter; Eingliederung von Langzeitarbeitslosen (§ 16 e SGB II); Teilhabe am Arbeitsmarkt; Förderung von Arbeitsverhältnissen. – ³ Geförderte sozialversicherungspflichtig Beschäftigte sowie geförderte Selbstständige.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen bzw. Schätzungen des IWH.

Tabelle A9**Indikatoren zur Außenwirtschaft**

	2024	2025	2026	2027
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %			
Exporte, real	–2,1	–0,4	0,6	2,5
Importe, real	–0,6	3,6	2,1	3,6
	% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt			
Exporte, nominal	41,4	40,4	39,9	40,1
Importe, nominal	37,7	38,1	38,7	39,0
	Außenbeitrag			
Mrd. Euro, nominal	163,5	105,3	59,7	51,6

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2026 und 2027: Prognose des IWH.

Tabelle A10**Reale Anlageinvestitionen in Deutschland**

Veränderung gegenüber Vorjahr in %

	2024	2025	2026	2027
Anlageinvestitionen insgesamt	–0,2	–0,2	2,0	2,4
Bauinvestitionen insgesamt	–0,6	–0,6	1,9	1,8
Wohnbauten	–2,0	–2,0	1,7	1,3
Nichtwohnbauten insgesamt	1,4	1,4	2,2	2,7
gewerbliche Bauten	2,5	2,5	0,8	1,3
öffentliche Bauten	0,0	0,0	4,3	4,5
Ausrüstungen	–1,9	–1,9	1,0	2,7
Sonstige Anlagen	3,8	3,8	3,9	3,5

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2026 und 2027: Prognose des IWH.

Tabelle A11:**Verfügbare Einkommen und Konsumausgaben der privaten Haushalte¹ in Deutschland**

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

	2024	2025	2026	2027
verfügbare Einkommen, nominal	4,0	3,1	3,4	3,3
<i>darunter:</i>				
Nettolöhne und -gehälter (Summe)	5,5	3,8	2,8	2,7
monetäre Sozialleistungen	7,0	5,4	4,2	3,8
Selbstständigen-, Vermögenseinkommen	-1,2	0,9	3,5	3,3
Sparen	12,4	-5,9	-0,9	6,0
private Konsumausgaben, nominal	2,9	4,2	3,8	2,9
<i>nachrichtlich:</i>				
Bruttolöhne und -gehälter (Summe)	5,5	4,6	3,5	3,5
Sparquote (in %)	11,2	10,3	9,9	10,1
Preisindex des privaten Konsums	2,4	2,6	3,0	2,0
private Konsumausgaben, real	0,5	1,6	0,8	0,8

¹ Einschließlich der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck.

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2026 und 2027: Prognose des IWH.

Tabelle A12**Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen¹**

Veränderungsrate gegenüber dem Vorquartal in %

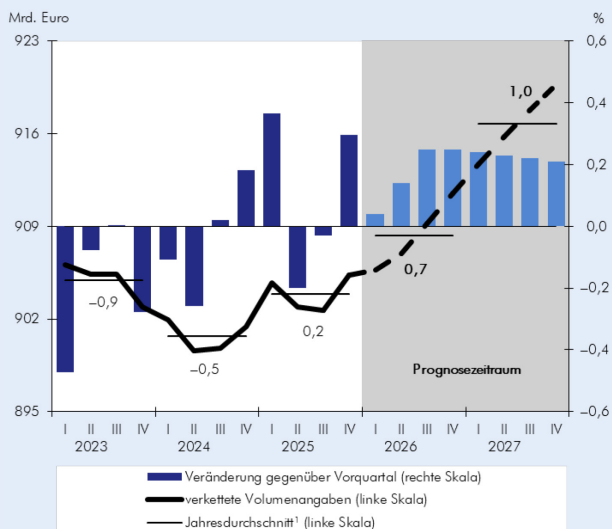
	2025				2026				2027			
	1. Qu.	2. Qu.	3. Qu.	4. Qu.	1. Qu.	2. Qu.	3. Qu.	4. Qu.	1. Qu.	2. Qu.	3. Qu.	4. Qu.
Bruttoinlandsprodukt	0,4	-0,2	0,0	0,3	0,0	0,1	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
<i>Darunter</i>												
Bruttowertschöpfung	0,6	-0,1	0,0	0,4	0,0	0,1	0,3	0,3	0,2	0,2	0,2	0,2
<i>darunter</i>												
Produzierendes Gewerbe ohne Bau	1,3	-0,2	-0,7	0,3	-1,1	0,1	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
Verarbeitendes Gewerbe	1,6	-0,3	-0,9	0,0	-1,5	0,1	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3
Energie- und Wasserversorgung	-0,3	0,3	0,7	1,5	0,8	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1
Baugewerbe	1,4	-2,2	-0,8	1,7	0,1	0,1	0,4	0,4	0,4	0,4	0,2	0,2
Handel, Verkehr, Gastgewerbe	1,4	-0,4	0,4	0,0	0,2	0,1	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,2
Information und Kommunikation	0,5	0,2	1,6	0,4	0,6	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4
Finanz- und Versicherungsdienstleister	-0,6	-1,8	-0,6	0,4	0,2	-0,2	-0,2	-0,2	-0,2	-0,2	-0,2	-0,2
Grundstücks- und Wohnungswesen	0,5	0,2	0,1	0,7	0,2	0,1	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
Unternehmensdienstleister	-0,3	0,4	0,0	0,2	0,2	0,2	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3
öffentliche Dienstleister	0,1	0,5	0,3	0,8	0,5	0,2	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3
sonstige Dienstleister	-0,7	0,0	0,0	0,8	0,2	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1

¹ Verkettete Volumina, saison- und kalenderbereinigt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 1. Quartal 2026: Prognose des IWH.

Abbildung A3**Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland**

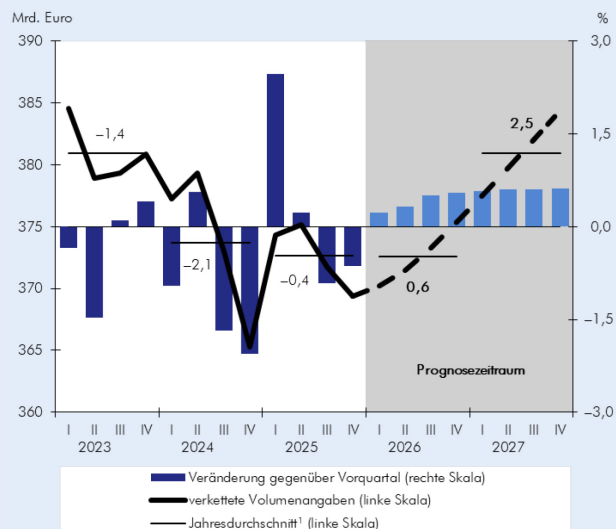
Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf

¹ Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 1. Quartal 2026: Prognose des IWH.

Abbildung A4**Reale Exporte**

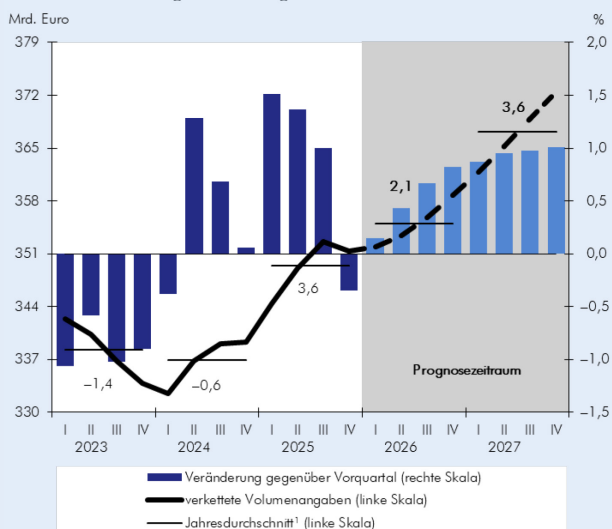
Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf

¹ Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 1. Quartal 2026: Prognose des IWH.

Abbildung A5**Reale Importe**

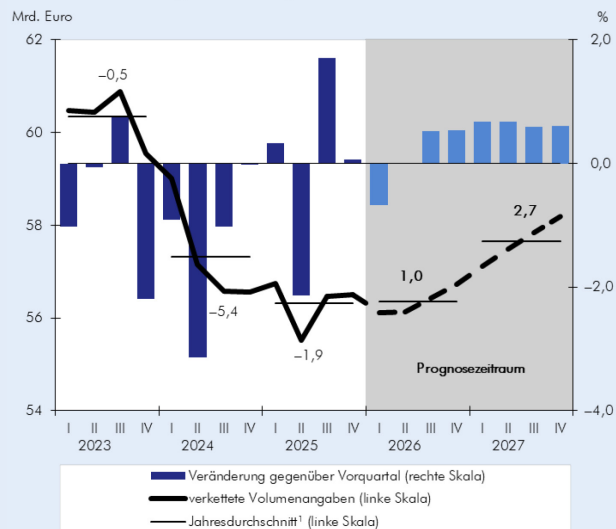
Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf

¹ Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 1. Quartal 2026: Prognose des IWH.

Abbildung A6**Reale Investitionen in Ausrüstungen**

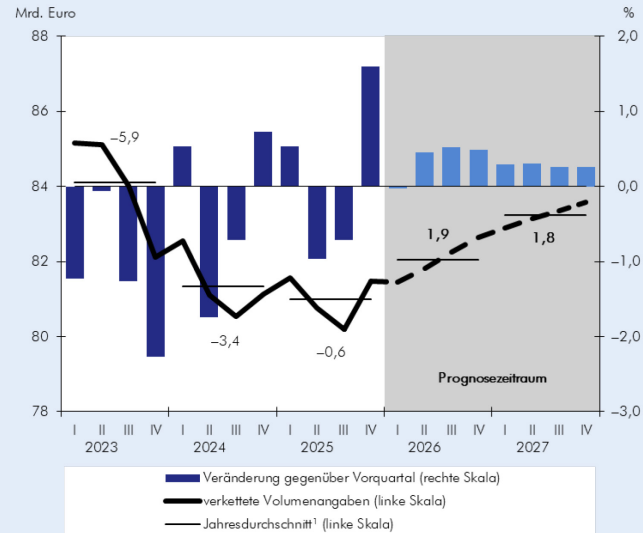
Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf

¹ Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 1. Quartal 2026: Prognose des IWH.

Abbildung A7**Reale Bauinvestitionen**

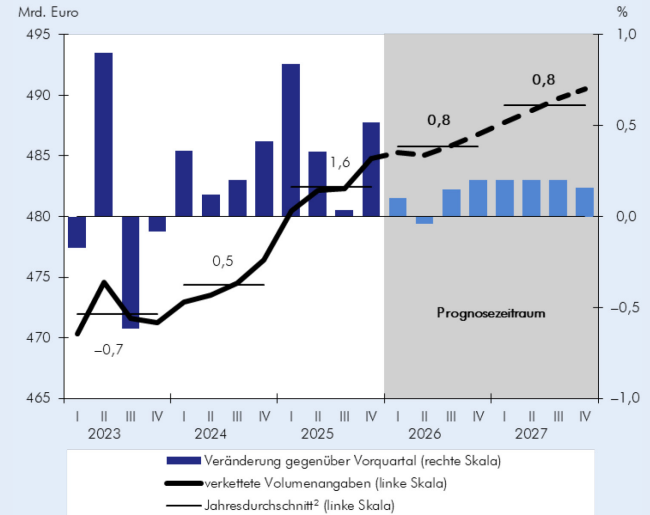
Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf

¹ Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 1. Quartal 2026: Prognose des IWH.

Abbildung A8**Reale Konsumausgaben der privaten Haushalte¹**

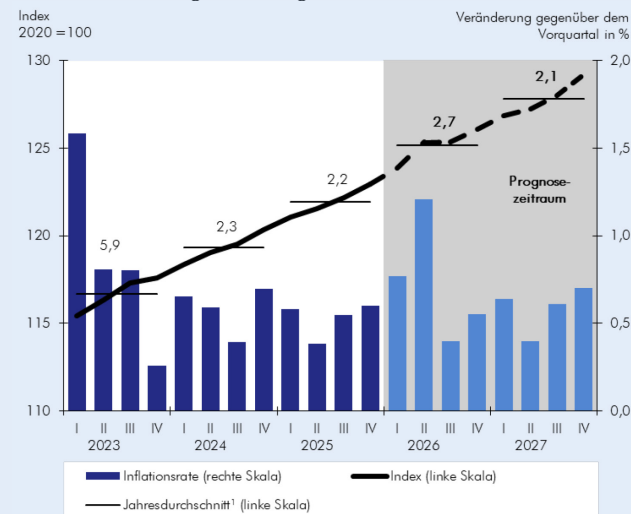
Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf

¹ Einschließlich Organisationen ohne Erwerbszweck. – ² Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 1. Quartal 2026: Prognose des IWH.

Abbildung A9**Verbraucherpreise in Deutschland**

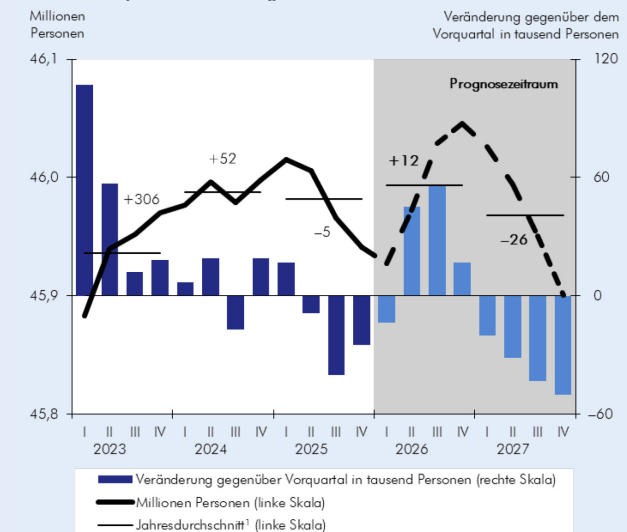
Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf

¹ Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 1. Quartal 2026: Prognose des IWH.

Abbildung A10**Erwerbstätige**

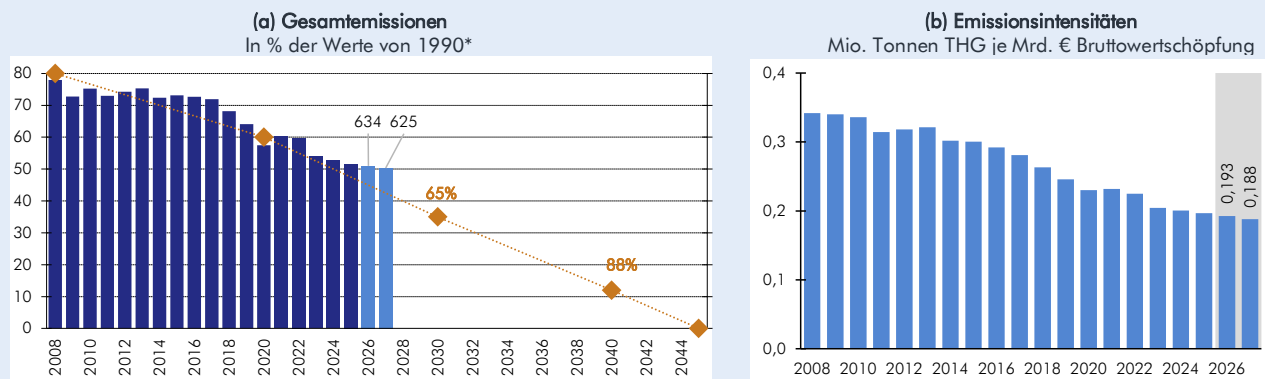
Inlandskonzept, saisonbereinigter Verlauf

¹ Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in tausend Personen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 1. Quartal 2026: Prognose des IWH.

Abbildung A11

Jährliche Treibhausgas-Emissionen 2008 bis 2027



Anmerkung: Prognose der Treibhausgasemissionen auf Basis der Wertschöpfung und der jeweiligen Emissionsintensitäten in den Wirtschaftsbereichen, vgl. dazu *Arbeitskreis Konjunktur des IWH: Preisschock gefährdet Erholung der deutschen Wirtschaft*, in: *Konjunktur aktuell*, Jg. 10 (1), 2022, 14.

*Aktuelle (dunkelblaue Balken) und erwartete (hellblaue Balken) Treibhausgasemissionen als Prozentsatz der Werte von 1990 (Zahlenangaben: Mill. Tonnen, CO₂-äquivalent); die braunen Punkte stellen eine 20%-Reduzierung im Jahr 2008 gegenüber 1990 da (Kyoto-Protokoll-Ziel) sowie die Referenzwerte gemäß Klimaschutzgesetz (KSG), §3 Nationale Klimaschutzziele.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Klimaschutzgesetz (2021) der Bundesregierung; Umweltbundesamt; Berechnungen und Prognose des IWH.

Tabelle A13**Änderung von Steuern, Sozialabgaben und Staatsausgaben durch diskretionäre Maßnahmen¹**

Haushaltsentlastungen (+) und Haushaltsbelastungen (–), in Mrd. Euro gegenüber Vorjahr

	2026	2027
Einnahmen der Gebietskörperschaften		
Zukunftsfinanzierungsgesetz	–0,1	–0,1
Änderungen bei der Tabaksteuer	0,8	0,0
Steuerfortentwicklungsgesetz: Änderungen beim Einkommensteuertarif	–5,7	–1,1
Inflationsausgleichsgesetz: Änderungen beim Einkommensteuertarif	–1,0	–1,0
Wachstumschancengesetz	–0,8	0,4
Plastikabgabe	1,4	0,0
Degressive AfA	3,8	0,0
Steuerliches Investitionssofortprogramm	–5,6	–3,7
Abbau der kalten Progression		–3,0
Jahressteuergesetz 2022	–1,1	–0,1
Jahressteuergesetz 2024	0,7	–0,7
Steueränderungsgesetz 2025	–4,8	–0,9
Senkung der Luftverkehrssteuer	–0,2	–0,2
Aktivrente	–0,9	0,0
Globale Mindestbesteuerung (Säule 2)	1,0	–0,2
sonstige steuerliche Maßnahmen ²	–0,9	0,0
Einnahmen aus CO ₂ -Bepreisung	4,4	0,5
Anhebung der LKW-Maut	0,2	0,0
Einnahmen der Sozialversicherungen		
Anstieg des durchschnittlich erhobenen Zusatzbeitrags zur gesetzlichen Krankenversicherung zum 1. Januar 2026 um 0,4 Prozentpunkte und zum 1. Januar 2027 um 0,5 Prozentpunkte	5,5	7,0
Erhöhung des Beitragssatzes zur gesetzlichen Pflegeversicherung zum 1. Januar 2027 um 0,2 Prozentpunkte		2,7
Ausgaben der Gebietskörperschaften		
Zusätzliche Verteidigungsausgaben	–2,0	–10,0
Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität	–6,0	–10,0
Zusätzliche Mittel für den sozialen Wohnungsbau	–0,5	0,0
Abschaffung der Gasspeicherumlage	–3,4	0,0
Zuschuss zu den Netzkosten der Stromübertragung	–6,5	0,0
Industriestrompreis	0,0	–1,5
Inflationsausgleichsgesetz: Anhebung des Kindergeldes	0,1	0,1
Steuerfortentwicklungsgesetz: Anhebung des Kindergeldes	–0,6	0,3
Kaufprämie für Elektroautos	–0,2	–0,6
Startchancenprogramm für Schulen	–0,5	0,0
Ukraine-Hilfen	–3,0	0,0
Änderungen beim BAföG	0,0	–0,3
Kürzungen beim Bürgergeld	0,1	0,0
Ausgaben der Sozialversicherungen		
Frühstart-Rente	–0,1	0,0
Pflegepersonal-Stärkungsgesetz/Pflegereform/Pflegeunterstützungs- und -entlastungsgesetz	–0,3	–0,3
Krankenhausreform	–0,2	–0,5
Endbudgetierung Hausärzte	–0,3	0,0
Sparpaket zur Entlastung der gesetzlichen Krankenkassen	1,8	–1,8
Insgesamt (Mrd. Euro gegenüber Vorjahr)³	–24,9	–25,0
Insgesamt gegenüber Vorjahr (in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt in %)	–0,5	–0,5

¹ Ohne makroökonomische Rückwirkungen; ohne Berücksichtigung der Stützungsmaßnahmen für Finanzinstitute und Mitgliedstaaten der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EWU). – ² Reform der Investmentbesteuerung, Weiterentwicklung der steuerlichen Verlustverrechnung bei Körperschaften, Änderungen beim Rennwett- und Lotteriesteuergezet, Fondsstandortgesetz, steuerliche Förderung des Mietwohnungsneubaus, Jahressteuergesetz 2020, Erhöhung der Behinderten-Pauschbeträge und Anpassung weiterer steuerlicher Regelungen. – ³ Differenzen durch Rundungsfehler.

Quellen: Bundesregierung; Berechnungen und Schätzungen des IWH.

Tabelle A14**Hauptaggregate der Sektoren****Jahresergebnisse 2025**

in Mrd. Euro

		gesamte Volkswirtschaft	Kapitalgesellschaften	Staat	priv. Haushalte und priv. Org. o. E.	übrige Welt
1	= Bruttowertschöpfung	4 044,8	2 741,1	502,1	801,7	–
2	– Abschreibungen	918,2	499,9	125,6	292,7	–
3	= Nettowertschöpfung ¹	3 126,6	2 241,2	376,4	509,0	–105,3
4	– geleistete Arbeitnehmerentgelte	2 471,0	1 780,9	384,3	305,8	21,0
5	– geleistete sonstige Produktionsabgaben	41,0	29,9	0,4	10,7	–
6	+ empfangene sonstige Subventionen	58,3	55,9	0,2	2,1	–
7	= Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	672,9	486,3	–8,0	194,6	–126,3
8	+ empfangene Arbeitnehmerentgelte	2 477,1	–	–	2 477,1	14,9
9	– geleistete Subventionen	53,9	–	53,9	–	4,4
10	+ empfangene Produktions- und Importabgaben	460,1	–	460,1	–	5,9
11	– geleistete Vermögenseinkommen	1 134,1	1 038,2	49,5	46,4	405,2
12	+ empfangene Vermögenseinkommen	1 291,3	737,6	30,8	522,9	248,0
13	= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 713,5	185,7	379,6	3 148,2	–267,2
14	– geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	557,9	124,5	–	433,4	14,3
15	+ empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	571,4	–	571,4	–	0,8
16	– geleistete Nettosozialbeiträge ²	992,2	–	–	992,2	4,0
17	+ empfangene Nettosozialbeiträge ²	990,9	167,2	822,9	0,8	5,3
18	– geleistete monetäre Sozialleistungen	844,0	93,7	749,5	0,8	0,7
19	+ empfangene monetäre Sozialleistungen	834,9	–	–	834,9	9,8
20	– geleistete sonstige laufende Transfers	474,8	269,2	95,3	110,3	107,2
21	+ empfangene sonstige laufende Transfers	414,1	242,1	30,1	142,0	167,9
22	= verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 655,9	107,5	959,3	2 589,1	–209,5
23	– Konsumausgaben	3 384,2	–	1 006,4	2 377,9	–
24	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–61,2	–	61,2	–
25	= Sparen	271,6	46,3	–47,1	272,4	–209,5
26	– geleistete Vermögenstransfers	109,6	10,2	78,4	21,1	6,6
27	+ empfangene Vermögenstransfers	90,7	50,9	24,9	14,9	25,6
28	– Bruttoinvestitionen	980,3	555,5	144,8	280,0	–
29	+ Abschreibungen	918,2	499,9	125,6	292,7	–
30	– Nettozugang an nicht produzierten Vermögensgütern	19,7	20,0	–0,6	0,3	–19,7
31	= Finanzierungssaldo	170,9	11,4	–119,1	278,6	–170,9
32	nachrichtlich: verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 655,9	107,5	959,3	2 589,1	–209,5
33	– geleistete soziale Sachtransfers	629,1	–	629,1	–	–
34	+ empfangene soziale Sachtransfers	629,1	–	–	629,1	–
35	= verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 655,9	107,5	330,2	3 218,2	–209,5
36	– Konsum ³	3 384,2	–	377,3	3 006,9	–
37	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–61,2	–	61,2	–
38	= Sparen	271,6	46,3	–47,1	272,4	–209,5

¹ Für den Sektor übrige Welt Importe abzüglich Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.² Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.³ Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d. h. einschließlich sozialer Sachleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt.

noch: Hauptaggregate der Sektoren Jahresergebnisse 2026

in Mrd. Euro

		gesamte Volkswirtschaft	Kapital- gesellschaften	Staat	priv. Haushalte und priv. Org. o. E.	übrige Welt
1	= Bruttowertschöpfung	4 185,3	2 833,5	521,7	830,2	–
2	– Abschreibungen	949,8	518,9	130,6	300,4	–
3	= Nettowertschöpfung ¹	3 235,5	2 314,6	391,1	529,9	–59,7
4	– geleistete Arbeitnehmerentgelte	2 558,2	1 843,1	398,6	316,5	22,2
5	– geleistete sonstige Produktionsabgaben	53,2	38,9	0,4	13,9	–
6	+ empfangene sonstige Subventionen	59,5	57,3	0,2	2,0	–
7	= Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	683,7	489,8	–7,6	201,5	–81,9
8	+ empfangene Arbeitnehmerentgelte	2 565,1	–	–	2 565,1	15,3
9	– geleistete Subventionen	61,1	–	61,1	–	4,4
10	+ empfangene Produktions- und Importabgaben	480,3	–	480,3	–	6,0
11	– geleistete Vermögenseinkommen	1 090,4	989,2	53,4	47,8	404,8
12	+ empfangene Vermögenseinkommen	1 252,1	679,7	31,3	541,1	243,1
13	= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 829,7	180,3	389,5	3 259,9	–226,8
14	– geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	570,1	121,7	–	448,4	15,0
15	+ empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	584,3	–	584,3	–	0,8
16	– geleistete Nettosozialbeiträge ²	1 037,7	–	–	1 037,7	4,2
17	+ empfangene Nettosozialbeiträge ²	1 036,5	171,5	864,2	0,8	5,3
18	– geleistete monetäre Sozialleistungen	878,9	96,9	781,1	0,8	0,7
19	+ empfangene monetäre Sozialleistungen	869,6	–	–	869,6	9,9
20	– geleistete sonstige laufende Transfers	484,4	268,9	109,3	106,1	115,6
21	+ empfangene sonstige laufende Transfers	428,6	256,6	31,3	140,7	171,4
22	= verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 777,6	120,9	978,8	2 677,9	–174,8
23	– Konsumausgaben	3 529,1	–	1 059,7	2 469,4	–
24	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–61,5	–	61,5	–
25	= Sparen	248,6	59,4	–80,8	270,0	–174,8
26	– geleistete Vermögenstransfers	108,5	7,9	82,7	17,9	5,0
27	+ empfangene Vermögenstransfers	89,4	52,0	22,2	15,2	24,2
28	– Bruttoinvestitionen	1 023,6	574,9	154,6	294,1	–
29	+ Abschreibungen	949,8	518,9	130,6	300,4	–
30	– Nettozugang an nicht produzierten Vermögensgütern	19,7	19,1	–0,6	1,2	–19,7
31	= Finanzierungssaldo	136,0	28,2	–164,7	272,4	–136,0
32	nachrichtlich: verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 777,6	120,9	978,8	2 677,9	–174,8
33	– geleistete soziale Sachtransfers	670,3	–	670,3	–	–
34	+ empfangene soziale Sachtransfers	670,3	–	–	670,3	–
35	= verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 777,6	120,9	308,5	3 348,2	–174,8
36	– Konsum ³	3 529,1	–	389,4	3 139,7	–
37	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–61,5	–	61,5	–
38	= Sparen	248,6	59,4	–80,8	270,0	–174,8

¹ Für den Sektor übrige Welt Importe abzüglich Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.² Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.³ Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d. h. einschließlich sozialer Sachleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2026 und 2027: Prognose des IWH.

noch: Hauptaggregate der Sektoren Jahresergebnisse 2027

in Mrd. Euro

		gesamte Volkswirtschaft	Kapital- gesellschaften	Staat	priv. Haushalte und priv. Org. o. E.	übrige Welt
1	= Bruttowertschöpfung	4 333,8	2 940,8	539,1	853,9	–
2	– Abschreibungen	984,3	539,6	135,8	308,9	–
3	= Nettowertschöpfung ¹	3 349,5	2 401,2	403,3	545,0	–51,6
4	– geleistete Arbeitnehmerentgelte	2 653,2	1 914,1	410,4	328,7	22,5
5	– geleistete sonstige Produktionsabgaben	41,4	30,2	0,4	10,8	–
6	+ empfangene sonstige Subventionen	62,2	59,9	0,2	2,1	–
7	= Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	717,2	516,7	–7,2	207,7	–74,1
8	+ empfangene Arbeitnehmerentgelte	2 660,0	–	–	2 660,0	15,7
9	– geleistete Subventionen	63,9	–	63,9	–	4,4
10	+ empfangene Produktions- und Importabgaben	483,4	–	483,4	–	6,0
11	– geleistete Vermögenseinkommen	1 172,4	1 065,4	57,7	49,3	404,9
12	+ empfangene Vermögenseinkommen	1 340,1	748,9	32,1	559,1	237,2
13	= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 964,3	200,2	386,7	3 377,5	–224,4
14	– geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	593,3	123,2	–	470,1	15,7
15	+ empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	608,2	–	608,2	–	0,8
16	– geleistete Nettosozialbeiträge ²	1 090,5	–	–	1 090,5	4,3
17	+ empfangene Nettosozialbeiträge ²	1 089,4	177,6	911,0	0,8	5,3
18	– geleistete monetäre Sozialleistungen	912,4	100,3	811,2	0,8	0,7
19	+ empfangene monetäre Sozialleistungen	902,9	–	–	902,9	10,1
20	– geleistete sonstige laufende Transfers	487,9	279,8	111,9	96,2	124,7
21	+ empfangene sonstige laufende Transfers	434,0	260,2	32,3	141,5	178,7
22	= verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 914,7	134,7	1 015,0	2 765,0	–174,8
23	– Konsumausgaben	3 651,2	–	1 110,6	2 540,6	–
24	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–61,8	–	61,8	–
25	= Sparen	263,6	72,9	–95,6	286,2	–174,8
26	– geleistete Vermögenstransfers	110,3	7,0	84,8	18,5	3,9
27	+ empfangene Vermögenstransfers	90,9	52,6	23,0	15,4	23,3
28	– Bruttoinvestitionen	1 073,1	600,9	164,5	307,6	–
29	+ Abschreibungen	984,3	539,6	135,8	308,9	–
30	– Nettozugang an nicht produzierten Vermögensgütern	19,7	13,9	–0,6	6,4	–19,7
31	= Finanzierungssaldo	135,7	43,3	–185,6	278,0	–135,7
<i>nachrichtlich:</i>						
32	verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 914,7	134,7	1 015,0	2 765,0	–174,8
33	– geleistete soziale Sachtransfers	712,7	–	712,7	–	–
34	+ empfangene soziale Sachtransfers	712,7	–	–	712,7	–
35	= verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 914,7	134,7	302,3	3 477,7	–174,8
36	– Konsum ³	3 651,2	–	397,9	3 253,2	–
37	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–61,8	–	61,8	–
38	= Sparen	263,6	72,9	–95,6	286,2	–174,8

¹ Für den Sektor übrige Welt Importe abzüglich Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.² Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.³ Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d. h. einschließlich sozialer Sachleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2026 und 2027: Prognose des IWH.

Tabelle A15

VGR-Tabellen

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2026 und 2027

	2025	2026	2027	2026		2027	
				1 Hj	2 Hj	1 Hj	2 Hj

1 Entstehung des Inlandsprodukts

Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Erwerbstätige	0,0	0,0	-0,1	-0,1	0,2	0,1	-0,2
Arbeitsvolumen	-0,2	0,2	0,2	-0,1	0,4	0,3	0,1
Arbeitsstunden je Erwerbstätige	-0,2	0,1	0,3	0,1	0,2	0,2	0,4
Produktivität ¹	0,4	0,6	0,8	0,4	0,7	0,9	0,8
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	0,2	0,7	1,0	0,3	1,1	1,2	0,9

2 Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen

a) Mrd. EUR

Konsumausgaben	3 384,2	3 529,1	3 651,2	1 722,4	1 806,7	1 778,4	1 872,8
private Haushalte ²	2 377,9	2 469,4	2 540,6	1 206,4	1 263,0	1 237,8	1 302,8
Staat	1 006,4	1 059,7	1 110,6	516,0	543,7	540,6	570,0
Anlageinvestitionen	908,0	951,5	1 001,6	455,9	495,6	481,8	519,8
Bauten	461,8	485,6	510,6	235,1	250,4	248,8	261,7
Ausrüstungen	267,2	275,3	288,5	129,5	145,7	136,0	152,5
sonstige Anlageinvestitionen	179,0	190,6	202,5	91,2	99,4	97,0	105,5
Vorratsveränderung ³	72,4	72,2	71,5	44,6	27,5	43,7	27,8
inländische Verwendung	4 364,6	4 552,7	4 724,2	2 222,9	2 329,8	2 303,9	2 420,4
Außenbeitrag	105,3	59,7	51,6	40,4	19,4	37,8	13,8
Exporte	1 807,4	1 842,4	1 915,7	905,5	936,9	942,8	972,9
Importe	1 702,1	1 782,7	1 864,1	865,2	917,5	905,1	959,0
Bruttoinlandsprodukt	4 469,9	4 612,4	4 775,8	2 263,2	2 349,2	2 341,6	2 434,2

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Konsumausgaben	4,6	4,3	3,5	4,6	4,0	3,3	3,7
private Haushalte ²	4,2	3,8	2,9	4,1	3,6	2,6	3,1
Staat	5,7	5,3	4,8	5,8	4,8	4,8	4,8
Anlageinvestitionen	2,5	4,8	5,3	4,0	5,5	5,7	4,9
Bauten	2,5	5,1	5,1	4,0	6,2	5,8	4,5
Ausrüstungen	0,0	3,0	4,8	2,4	3,6	5,0	4,7
sonstige Anlageinvestitionen	6,6	6,5	6,2	6,5	6,5	6,4	6,1
Inländische Verwendung	4,8	4,3	3,8	4,5	4,1	3,6	3,9
Exporte	0,8	1,9	4,0	0,0	3,9	4,1	3,8
Importe	4,4	4,7	4,6	3,7	5,8	4,6	4,5
Bruttoinlandsprodukt	3,3	3,2	3,5	3,0	3,3	3,5	3,6
nachrichtlich in % in Relation zum nominalen BIP:							
Außenbeitrag	2,4	1,3	1,1	1,8	0,8	1,6	0,6

3 Verwendung des Inlandsprodukts, verkettete Volumenangaben (Referenzjahr 2020)

a) Mrd. EUR

Konsumausgaben	2 754,0	2 786,7	2 820,7	1 371,5	1 415,2	1 387,0	1 433,7
private Haushalte ²	1 926,8	1 943,0	1 959,4	954,0	989,0	961,4	998,1
Staat	827,5	844,0	861,6	417,7	426,3	425,8	435,8
Anlageinvestitionen	700,8	715,1	732,5	343,4	371,7	353,1	379,3
Bauten	322,6	328,8	334,9	160,0	168,8	164,0	170,9
Ausrüstungen	224,1	226,3	232,5	106,5	119,8	109,5	123,0
sonstige Anlageinvestitionen	158,3	164,4	170,2	78,7	85,8	81,5	88,7
inländische Verwendung	3 520,2	3 567,3	3 619,1	1 752,8	1 814,5	1 778,1	1 841,0
Exporte	1 485,3	1 493,9	1 531,6	737,2	756,7	756,5	775,0
Importe	1 393,6	1 422,8	1 474,1	694,1	728,7	717,7	756,4
Bruttoinlandsprodukt	3 609,5	3 636,2	3 674,3	1 794,7	1 841,5	1 815,7	1 858,6

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Konsumausgaben	1,5	1,2	1,2	1,3	1,1	1,1	1,3
private Haushalte ²	1,6	0,8	0,8	0,9	0,8	0,8	0,9
Staat	1,3	2,0	2,1	2,1	1,9	1,9	2,2
Anlageinvestitionen	-0,2	2,0	2,4	1,3	2,8	2,8	2,1
Bauten	-0,6	1,9	1,8	0,8	3,0	2,5	1,2
Ausrüstungen	-1,9	1,0	2,7	0,3	1,6	2,9	2,6
sonstige Anlageinvestitionen	3,8	3,9	3,5	3,9	3,9	3,6	3,4
Inländische Verwendung	1,8	1,3	1,5	1,4	1,2	1,4	1,5
Exporte	-0,4	0,6	2,5	-0,8	2,0	2,6	2,4
Importe	3,6	2,1	3,6	1,8	2,3	3,4	3,8
Bruttoinlandsprodukt	0,2	0,7	1,0	0,3	1,1	1,2	0,9

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2026 und 2027

	2025	2026	2027	2026		2027	
				1 Hj	2 Hj	1 Hj	2 Hj

4 Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2020=100)

Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

private Konsumausgaben ²	2,6	3,0	2,0	3,2	2,8	1,8	2,2
Konsumausgaben des Staates	4,4	3,2	2,7	3,6	2,9	2,8	2,6
Anlageinvestitionen	2,7	2,7	2,8	2,7	2,7	2,8	2,8
Bauten	3,1	3,2	3,3	3,2	3,1	3,2	3,3
Ausrüstungen	2,0	2,0	2,0	2,1	2,0	2,1	2,0
Exporte	1,2	1,4	1,4	0,9	1,8	1,5	1,4
Importe	0,8	2,6	0,9	1,8	3,4	1,2	0,7
Bruttoinlandsprodukt	3,0	2,4	2,5	2,7	2,2	2,3	2,7

5 Einkommensentstehung und -verteilung

a) Mrd. EUR

Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	3 148,2	3 259,9	3 377,5	1 591,6	1 668,2	1 648,1	1 729,4
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	439,9	457,1	478,2	221,4	235,7	231,6	246,6
Bruttolöhne und -gehälter	2 037,2	2 108,0	2 181,8	1 007,9	1 100,1	1 043,0	1 138,8
übrige Primäreinkommen ⁴	671,1	694,8	717,5	362,4	332,4	373,5	343,9
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	565,3	569,8	586,9	269,6	300,2	277,0	309,8
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	3 713,5	3 829,7	3 964,3	1 861,3	1 968,4	1 925,1	2 039,2
Abschreibungen	918,2	949,8	984,3	472,3	477,5	489,1	495,2
Bruttonationaleinkommen	4 631,7	4 779,5	4 948,7	2 333,6	2 445,9	2 414,3	2 534,4
nachrichtlich:							
Volkseinkommen	3 307,2	3 410,5	3 544,9	1 646,6	1 763,8	1 710,2	1 834,7
Arbeitnehmerentgelt	2 477,1	2 565,1	2 660,0	1 229,3	1 335,8	1 274,6	1 385,4
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	830,1	845,4	884,9	417,4	428,0	435,6	449,2

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	4,1	3,5	3,6	3,6	3,5	3,5	3,7
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	7,1	3,9	4,6	4,0	3,8	4,6	4,6
Bruttolöhne und -gehälter	4,6	3,5	3,5	3,6	3,4	3,5	3,5
Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten	4,5	3,4	3,5	3,7	3,1	3,3	3,8
übrige Primäreinkommen ⁴	0,9	3,5	3,3	3,2	3,9	3,1	3,5
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	-0,3	0,8	3,0	-0,7	2,2	2,7	3,2
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	3,4	3,1	3,5	2,9	3,3	3,4	3,6
Abschreibungen	3,4	3,4	3,6	3,4	3,5	3,6	3,7
Bruttonationaleinkommen	3,4	3,2	3,5	3,0	3,4	3,5	3,6
nachrichtlich:							
Volkseinkommen	3,3	3,1	3,9	2,9	3,4	3,9	4,0
Arbeitnehmerentgelt	5,1	3,6	3,7	3,7	3,4	3,7	3,7
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	-1,4	1,8	4,7	0,6	3,1	4,4	5,0

6 Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte²

a) Mrd. EUR

Masseneinkommen	2 054,9	2 121,0	2 186,1	1 021,2	1 099,8	1 052,5	1 133,6
Nettolöhne und -gehälter	1 407,4	1 446,6	1 485,8	685,8	760,8	704,0	781,8
monetäre Sozialleistungen	834,9	869,6	902,9	431,0	438,6	447,6	455,2
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	187,4	195,1	202,6	95,5	99,7	99,2	103,4
übrige Primäreinkommen ⁴	671,1	694,8	717,5	362,4	332,4	373,5	343,9
sonstige Transfers (Saldo) ⁵	-136,9	-137,9	-138,5	-65,6	-72,3	-66,0	-72,5
Verfügbares Einkommen	2 589,1	2 677,9	2 765,0	1 318,0	1 359,9	1 360,0	1 405,0
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	61,2	61,5	61,8	29,8	31,7	29,9	31,8
Konsumausgaben	2 377,9	2 469,4	2 540,6	1 206,4	1 263,0	1 237,8	1 302,8
Sparen	272,4	270,0	286,2	141,4	128,6	152,1	134,1
Sparquote (%) ⁶	10,3	9,9	10,1	10,5	9,2	10,9	9,3

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Masseneinkommen	3,9	3,2	3,1	3,3	3,2	3,1	3,1
Nettolöhne und -gehälter	3,8	2,8	2,7	2,9	2,7	2,7	2,8
monetäre Sozialleistungen	5,4	4,2	3,8	4,0	4,3	3,9	3,8
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	9,6	4,2	3,8	4,0	4,3	3,9	3,8
übrige Primäreinkommen ⁴	0,9	3,5	3,3	3,2	3,9	3,1	3,5
Verfügbares Einkommen	3,1	3,4	3,3	3,4	3,5	3,2	3,3
Konsumausgaben	4,2	3,8	2,9	4,1	3,6	2,6	3,1
Sparen	-5,9	-0,9	6,0	-2,8	1,2	7,6	4,3

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2026 und 2027

	2025	2026	2027	2026		2027	
				1 Hj	2 Hj	1 Hj	2 Hj
7 Einnahmen und Ausgaben des Staates ⁷							
a) Mrd. EUR							
Einnahmen							
Steuern	1 031,5	1 064,6	1 091,7	529,2	535,4	540,8	550,9
Nettosozialbeiträge	822,9	864,2	911,0	418,9	445,4	441,7	469,3
Vermögenseinkommen	30,8	31,3	32,1	15,8	15,5	16,2	16,0
sonstige Transfers	30,1	31,3	32,3	14,3	17,0	14,8	17,5
Vermögenstransfers	24,9	22,2	23,0	8,5	13,7	8,9	14,1
Verkäufe	199,7	211,8	225,4	98,0	113,7	104,2	121,2
sonstige Subventionen	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1
Insgesamt	2 140,2	2 225,7	2 315,6	1 084,8	1 140,9	1 126,6	1 189,1
Ausgaben							
Vorleistungen ⁸	704,3	750,1	797,3	359,0	391,1	381,2	416,1
Arbeitnehmerentgelt	384,3	398,6	410,4	193,5	205,1	199,4	211,1
Vermögenseinkommen (Zinsen)	49,5	53,4	57,7	26,5	26,9	28,6	29,1
Subventionen	53,9	61,1	63,9	25,3	35,8	26,7	37,2
monetäre Sozialleistungen	749,5	781,1	811,2	386,8	394,4	401,8	409,4
sonstige laufende Transfers	95,3	109,3	111,9	52,7	56,6	54,0	57,9
Vermögenstransfers	78,4	82,7	84,8	31,4	51,2	32,2	52,6
Bruttoinvestitionen	144,8	154,6	164,5	66,3	88,3	70,8	93,7
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-0,6	-0,6	-0,6	-0,3	-0,4	-0,3	-0,4
Insgesamt	2 259,3	2 390,4	2 501,2	1 141,4	1 249,0	1 194,5	1 306,7
Finanzierungssaldo	-119,1	-164,7	-185,6	-56,6	-108,1	-67,9	-117,6
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Einnahmen							
Steuern	3,5	3,2	2,5	3,4	3,0	2,2	2,9
Nettosozialbeiträge	8,8	5,0	5,4	5,2	4,9	5,4	5,4
Vermögenseinkommen	-9,6	1,5	2,7	1,6	1,4	2,7	2,6
sonstige Transfers	-4,0	3,8	3,1	4,2	3,5	3,4	2,8
Vermögenstransfers	22,9	-10,8	3,3	-31,7	10,2	4,0	2,9
Verkäufe	7,8	6,1	6,5	5,9	6,2	6,3	6,6
sonstige Subventionen	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	5,7	4,0	4,0	3,9	4,1	3,9	4,2
Ausgaben							
Vorleistungen ⁸	5,6	6,5	6,3	6,8	6,2	6,2	6,4
Arbeitnehmerentgelt	7,5	3,7	3,0	4,4	3,1	3,0	2,9
Vermögenseinkommen (Zinsen)	8,1	7,8	8,1	7,6	7,9	8,0	8,2
Subventionen	-0,6	13,4	4,6	16,2	11,6	5,6	4,0
monetäre Sozialleistungen	5,6	4,2	3,8	4,1	4,4	3,9	3,8
sonstige laufende Transfers	5,7	14,8	2,4	15,5	14,2	2,5	2,3
Vermögenstransfers	-6,7	5,5	2,6	7,8	4,2	2,5	2,6
Bruttoinvestitionen	10,3	6,8	6,4	9,2	5,0	6,7	6,1
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	5,6	5,8	4,6	6,2	5,4	4,7	4,6
nachrichtlich in % in Relation zum nominalen BIP:							
Finanzierungssaldo des Staates	-2,7	-3,6	-3,9	-2,5	-4,6	-2,9	-4,8

¹ Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde² Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck³ Einschließlich Nettozugang an Wertsachen⁴ Selbstständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen⁵ Empfangene abzüglich geleistete sonstige Transfers⁶ Sparen in % des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche)⁷ Gebietskörperschaften und Sozialversicherung⁸ Einschließlich sozialer Sachleistungen und sonstiger Produktionsabgaben

Quellen: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen); Berechnungen des IWH; ab 2026: Prognose des IWH.



Impressum

Herausgeber:

Professor Reint E. Gropp, Ph.D.

Professor Dr. Oliver Holtemöller

Professor Michael Koetter, Ph.D.

Professor Dr. Steffen Müller

Redaktion

Tobias Henning

Layout und Satz: Franziska Exß, Ingrid Dede

Tel +49 345 7753 720

Fax +49 345 7753 820

E-Mail: presse@iwh-halle.de

Verlag:

Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle

Kleine Märkerstraße 8, D-06108 Halle (Saale)

Postfach: 110361, D-06017 Halle (Saale)

Tel +49 345 7753 60, Fax +49 345 7753 820

www.iwh-halle.de

Erscheinungsweise: 4 Ausgaben jährlich

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet,
Beleg erbeten.

Titelbild: Engin Akyurt, www.unsplash.com

Konjunktur aktuell, 14. Jahrgang

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 12.03.2026

ISSN 2195-8319

Aus Gründen der leichteren Lesbarkeit wird in
unseren Beiträgen eine geschlechtsspezifische
Differenzierung nicht durchgehend berücksichtigt.
Entsprechende Begriffe gelten im Sinne der
Gleichbehandlung für alle Geschlechter.



Das IWH wird von Bund und Ländern gefördert.